# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementkpr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

**Nr. 214. Mittag-Ausgabe.** Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 9. Mai 1879.**


## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

### 40. Sitzung vom 8. Mai.

10 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hobrecht, Hofmann, v. Liebe, Burchard, Mayr, später Fürst Bismarck.

Eingegangen ist das zu London am 29. März 1879 unterzeichnete Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien, betreffend das Eintreten des Deutschen Reiches an Stelle Preußens in den Vertrag vom 20. December 1841 wegen Unterdrückung des Handels mit afrikanischen Negern.

Die erste Berathung des Zolltarifs wird fortgesetzt.

Commissarius Geh. Regierungsrath Burchard: Die Regierungen wollten alle Einzelfragen in der Specialdiscussion erledigen. Weil aber der Vorwurf, daß sie nicht mit Sachkenntniß und Umsicht vorgegangen seien, mehrfach in der Presse wie im Hause erhoben worden ist, so glauben sie davon abgehen zu sollen. Der Abg. v. Varnbüler hat bereits in einzelnen Punkten den Abg. Delbrück zu widerlegen versucht; wie weit ihm das gelungen, unterliegt Ihrem Urtheile. Bei den Baumwollengarnzöllen hat der Abg. Delbrück auch die Fischernetze erwähnt, deren Zoll von 3 auf 12 M. erhöht werden soll und von einer Fabrik in Itzehoe berichtet, die nur darauf basirt, daß man ihr alle möglichen Erleichterungen gewährt, besonders daß man ihr gestattet, die Fabrikate zu verzollen statt der Garne. Man hätte erwarten sollen, daß Herr Delbrück folgern würde, die Fabrik würde in ihrer Existenzfähigkeit durch den neuen Tarif in Frage gestellt werden; er hat nur gesagt, daß den Fischern ihre Netze vertheuert werden. Der Zoll für die betreffenden Garne wird von 12 auf 24 Mark pro 100 Kilogramm erhöht, d. h. um 12 Procent des Werthes; die Netze selbst aber um 9 Mark oder etwa 2 Procent ihres Werthes. Flaschen von grünem Hohlglas, sagte er ferner, waren bisher zollfrei und sollen jetzt einem Zoll von 3 M. unterliegen, so daß die Mineralwasserfabrik in Harburg ihre von Hamburg zurückkommenden leeren Flaschen verzollen müsse, während volle Flaschen zollfrei eingehen würden. Wäre dieser Vorwurf begründet, so wäre er sehr schwerwiegend. In den Vorbemerkungen zum Tarif ist aber gesagt: Fässer, Säcke 2c., die gefüllt ins Ausland gegangen sind, dann zurückkommen, gehen, sofern ihre Identität unzweifelhaft ist, gleichviel aus welchem Material sie bestehen, zollfrei wieder ein. (Hört!)

Dann wandte sich Herr Delbrück gegen den Zoll auf kupferne Druckwalzen; derselbe war 1865 wesentlich ermäßigt, 1870 ganz aufgehoben worden. Nach dem neuen Tarife sollen diese Druckwalzen als Maschinentheile behandelt werden. Der Abg. Delbrück sagte nun, auch zur Zeit des Bestehens des Zolles sei keine einzige Walze verzollt, sondern alle auf privative Rechnung der Einzelstaaten zollfrei bezogen worden. Das ist nicht ganz richtig ausgedrückt, verzollt sind sie alle, aber nicht auf Rechnung der Druckereibesitzer, sondern auf Rechnung der einzelnen Staaten; der tarifmäßige Zoll ist aber in die allgemeine Kasse geflossen. Ferner sagte er, die Walzen seien nur aus England zu beziehen, während sie thatsächlich aus Frankreich und der Schweiz bezogen werden. In Frankreich selbst unterliegen sie einem Zoll von 15 Frcs. = 12 M., während bei uns nur 8 M. vorgeschlagen sind. Die Tarifcommission ist dabei nicht leichtfertig zu Werke gegangen, sondern hat die Interessenten befragt, welche sämmtlich erklärt haben, daß sie keine Ausnahmestellung haben, sondern denselben Zoll wie für Maschinentheile bezahlen wollen, aber auch keinen höheren. Der Zoll beträgt übrigens nach dem Werthe für ungravirte Walzen 4 pCt., für gravirte 2—3 pCt. des Werthes. Sehr ungern betrete ich das Gebiet der Recriminationen, nur um Ihnen zu zeigen, wie schwierig es überhaupt ist, sich auf dem Gebiete des Tarifwesens ohne Irrthümer zu bewegen. Der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit gab sofort nach dem Bekanntwerden des Tarifes eine Zusammenstellung der bestehenden und der vorgeschlagenen Zölle heraus, in welcher ziemlich beträchtliche Fehler enthalten sind. Bei Telegraphenkabel wird als bestehender Zoll angegeben; theils frei, theils 16 M.; es muß heißen 24 M.; bei Hefe aller Art wird als der bisherige Zoll 3 M. genannt, es muß heißen 42 M.; bei Pelzwerk 2c. 66 M., es muß heißen 132 M. Wenn bei einer so kleinen Arbeit derartige Unrichtigkeiten nicht zu vermeiden waren, dann sollte man jeden kleinen Irrthum in einer bedeutend größeren nicht zu scharf tadeln. Ganz Einwandsfreies haben die Regierungen nicht geliefert und konnten sie auch in so kurzer Zeit nicht liefern.

Es ist eine schwere, aber ganz naturgemäße Frage, wenn man zu Zollerhöhungen übergeht, ob es möglich ist, dieselben an der Hand der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen ins Leben treten zu lassen. Die Regierungen haben diese Frage nicht außer Betracht gelassen. Wenn dieselbe trotzdem von dieser Stelle noch nicht näher erörtert worden ist, so erklärt sich das aus der Gestaltung unserer Zollgesetzgebung. Unser Zolltarif enthält keine Vorschriften über den Veredlungsverkehr, über die Form der Durchfuhr, über die Ausfuhrvergütungen 2c.; der Tarif ist lediglich eine Erhebungsrolle. Daneben her läuft zu allen Zeiten eine Zollgesetzgebung über die Formen des Verkehrs. Bei der Revision des Zolltarifes müssen sich die Regierungen sagen, daß es eine schwierige Aufgabe sei, auch zu erwägen, inwieweit etwa auf den andern Gebieten der Zollgesetzgebung eine Aenderung geboten sei. Nichtsdestoweniger haben sie erwogen, ob es möglich sein würde, mit den Bestimmungen des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 auszukommen, so daß der Export und überhaupt der Verkehr in angemessener Weise fortbestehen kann. Die verbündeten Regierungen sind zu der Auffassung gelangt, daß es nicht ihre Aufgabe und Pflicht sei, eine Erweiterung der gesetzlichen Schranken in Betracht zu ziehen, welche in diesen Zollgesetzen gezogen sind. Bisher wurde der Grundsatz festgehalten, daß man im Inlande bei der Durchfuhr eine Vertauschung der Waare nicht gestatten könne. Neben diesem Principe laufen die Formen her, unter denen der Verkehr sich vollzieht. Bisher hat man der Regierung das Vertrauen geschenkt, daß sie innerhalb der gesetzlichen Schranken alle diejenigen Ausführungsbestimmungen für den Veredelungsverkehr, den Transit und den Export finden werde, welche für die Industrien zweckmäßig sind. Es handelt sich darum, zollamtlich die Identität der Waaren festzuhalten, damit eine Vertauschung derselben nicht stattfinden kann.

Die Formen der Identitätscontrole sind sehr mannigfaltig: Anlegung von Siegeln, Steueraufsicht oder auch die Selbstcontrole der Buchführung. Die Regierungen sind stets allen berechtigten Wünschen des Handels entgegengekommen. Weiter zu gehen sind sie zur Zeit nicht gewillt. Besonders würde ein Verlangen, das Princip der Identität durch das Princip des Aequivalentes zu ersetzen, mannigfachen finanziellen Bedenken begegnen. Auch in Frankreich ist das System der Titres d'acquits-à caution nur für einzelne Artikel ausgebildet, für Gießereiroheisen am Weitesten, für Mühlen-Fabrikate am Wenigsten. Das Princip des Aequivalentes würde alle Zölle beseitigen oder herabsetzen, besonders bei der Textil-Industrie würde infolge der Vertauschung der Garne kaum ein Garnzoll mehr erhoben werden, wenn die Webereiproducte gegen Erstattung der Garnzölle wieder ausgeführt werden dürfen. Die verbündeten Regierungen sind nicht geneigt, das Princip der Identität zu verlassen.

Abg. Lasker knüpft zunächst einige Bemerkungen an die Rede des Herrn Commissars, soweit er sie hat verstehen können, da die Herren Commissare meist zur Rechten, d. h. zu denen sprechen, die sie nicht erst zu überführen brauchen. Namentlich geht er auf die Frage der Identificirung durchgehender Waaren zum Zweck des Erlasses des Eingangszolles ein, die Herr von Bennigsen vorgestern bezüglich des Getreides berührt hatte; dann fährt er fort: Der Abg. v. Bennigsen hat unsere wirthschaftliche Entwickelung so dargestellt, als sei sie durch die schwerwiegenden Fehler der Mehrheit dieses Hauses, insbesondere seiner freihändlerisch gesinnten Mitglieder, in neuerer Zeit compromittirt worden und wir müßten nun die Folgen davon tragen. Durch welche Schuld diese Fehler gemacht seien, sei gleichgiltig. Doppelt kräftige Gründe muß man aber alsdann von denen fordern, die dieses Geständniß ablegen und nun verlangen, daß man ihnen auf ihrem neuen Wege folgen soll. Denn die Geschichte, wenn man sie nicht blos wie einen Roman liest, ertheilt die Warnung, nicht unbedingt auf die Worte des Meisters zu schwören, der selbst eingesteht, Fehler auf Fehler begangen zu haben. Die Vorlage, betr. die Veränderung der Eisenzölle, wurde von der Regierung eingebracht und durch die Mehrheit so ermäßigt, daß selbst die Schutzzöllner zufrieden waren. Die Aufhebung oder Ermäßigung der Eisenzölle fand statt zu Gunsten der Landwirthschaft, der jetzt blühenden, ja etwas übermäßig strotzenden agrarischen Partei, nicht der Freihandelspartei zu Liebe, die nur durch ihre Grundsätze gebunden war, in diesem Falle ihre Uebereinstimmung mit jenem Interesse auszusprechen.

Ferner soll sie auf den Nothschrei, den diese selbstmörderische Politik hervorrief, nicht gehört und die Untersuchung des Nothstandes verhindert haben. Aber die Enquete wurde abgewiesen, weil die Regierung sie bekämpfte; Herr Minister Hofmann wird dies bestätigen; ob er noch heute dieser Ansicht ist, weiß ich freilich nicht. (Heiterkeit.) Eine allgemeine Enquete über Industriezölle hätte auch in der That nur die vordringlichsten und rührigsten industriellen Interessen aufgerufen. Dagegen haben wir die Einsetzung von Specialenqueten für Baumwolle, Eisen und Tabak gefordert, weil von ihnen eine objective Untersuchung zu erwarten war. In der That sind auch die beiden letzteren vortrefflich ausgefallen, die über Baumwolle hat nur dazu genützt, daß einzelne Motive mißverständlich in die Regierungsmotive herübergenommen worden sind, so daß es scheint, als ob sie das Gegentheil von dem sagen, was sie thatsächlich sagen. (Sehr wahr! links.) Die Frage der Eisenzölle auf ihrer eigenen Grundlage zu lösen, hat die Regierung keinen ernsten Versuch gemacht, und ihr kam es zu, die Leitung zu übernehmen, denn Tariferhöhungen seitens der Volksvertretung anzuregen, ist überaus gefährlich. Wir kennen den Nothschrei der Bergwerksbesitzer, dem sich die Börse angeschlossen hat. Wenn ich mich hätte überzeugen können, daß der Nothstand in der That ein solcher ist, wie er dargestellt wird, und ihm mit der Herstellung der früheren Zölle abgeholfen werden könne, so wäre ich dafür eingetreten, daß die Regierung die Sache in die Hand nehme. Aber dieselben Herren, die jetzt Zierden der Vereinigung der 204 sind, und ihre Versammlungen leiten, gaben im Privatgespräch zu, daß der Zoll der Eisenindustrie nicht helfen könne, und seine Wiederherstellung nur den Werth einer moralischen Ermunterung haben könne und solle. Ein Mitglied des Hauses hat mir eine Tabelle aufgemacht, wonach ein Drittel den Schutz nicht braucht, ein Drittel mit dem Schutz sich wird erhalten können und ein Drittel wird untergehen müssen mit oder ohne Schutz. Das Zeugniß der Börse in der Eisenzollfrage ist nur mit größter Vorsicht aufzunehmen. Ihr Interesse an der Eisenindustrie besteht nur darin, daß die industriellen Werthpapiere, die noch in ihrem Besitz sind, steigen.

So wurde die Disconto-Gesellschaft als Besitzerin von 15 Millionen Mark Dortmunder Union plötzlich eine ungemeine Stütze der Schutzzöllner. Wenn die Vorschläge der Tarifcommission durchgehen, so steigt dieses Papier sicher um 10 Procent, wenigstens für einige Zeit, während welcher sie in andere Hände übergehen können, d. h. um 1½ Millionen Mark. Daß die Discontogesellschaft ihre eigenen Geschäfte im Auge hat und bei uns so viel durchzusetzen sucht, als sie kann, so ist das ganz loyal; aber ein unparteiischer Zeuge bei dieser Bewegung ist sie nicht. Sie sehen also den Unterschied, ob die Regierung solche Dinge in die Hand nimmt oder das öffentliche Geschrei aus angeblich unparteiischen Quellen sich ihrer bemächtigt. Nun sagte mir damals ein hervorragendes Mitglied des Hauses, daß wenn die Regierung die Eisenzölle einführen wolle, man von weiteren Schutzzollbestrebungen abstehen würde, andernfalls aber eine allgemeine Schutzzollverbindung geschaffen werden müsse. Ich erklärte, daß dies für mich kein Grund zur Befürwortung der Eisenzölle sei. Auf diese Weise ist denn ohne Zuthun der Regierung diese Schutzzollbewegung so herangewachsen und heute wollen Viele die landwirthschaftlichen Zölle nur deshalb bewilligen, weil die Eisenzölle sonst nicht zu haben sind und trösten sich mit der Geringfügigkeit der ersteren, andere Vertreter der Eisenzölle mögen den Landwirthen vordemonstrirt haben, daß diese den Löwenantheil davon tragen werden. Es geht eben bei solchen Abmachungen wie nach dem Ausspruch des Kanzlers bei Staatsverträgen, abgesehen von den Wenigen, welche das Glück haben, die landwirthschaftlichen und Eiseninteressen in ihrer Person zu vereinigen. (Große Heiterkeit.) In diese Kategorie fällt ganz Oberschlesien. Daß es sich hier um Interessenvertretung handelt, ist wohl nicht zu bestreiten. Die Stadien dieser Bewegung haben sehr rasch gewechselt. Viele, die ein Compromiß mit dem Programm des Reichskanzlers vom 15. December 1878 nicht für möglich hielten, vertheidigen heute den modificirten Plan eifrig. Während jenes Programm allgemeine, aber mäßige Besteuerung verhieß, hat der Tarif den Gedanken, sämmtliche Industrien der ausgleichenden Gerechtigkeit halber zu besteuern, aufgegeben, so bei der Wolle und vielen anderen Artikeln. Ich kann diese Unabhängigkeit der Tarifcommission von dem die Industrie sehr schädigenden Programm des Kanzlers nur rühmen.

Dagegen hat man in einzelnen Artikeln in Schutzzöllen wahrhaft geschwelgt, obwohl in den meisten Fällen eine mäßigende Hand zu erkennen ist, und ich nach der Rede des Herrn von Varnbüler hoffe, daß nachgewiesene Ungerechtigkeiten noch beseitigt werden. Ich kann jedoch dem Tarif den Vorwurf nicht sparen, daß er mit mangelnder Sachkunde abgefaßt ist. Das beweisen die zahlreichen Petitionen. Das in ihnen enthaltene Material können die Verfasser der Motive nicht gekannt haben. Nun hat der Abg. von Varnbüler den Freihändlern vorgeworfen, daß sie durch Verweigerung der Enqueten jene Nichtkenntniß, die er einräumt, verschuldet haben. Die Regierung aber hat ja selbst die Enquete bekämpft. Hätten aber auch die Freihändler die Schuld, so dürfte man doch nicht das ganze Land für diesen Fehler büßen lassen, den die Regierung selbst moralisch bewirkt hat. Der Abg. Delbrück hat nicht behauptet, daß man diesen Tarif noch in diesem Jahre selbst mit für einzelne Industrien tödtlichen Positionen zu Stande bringen müsse. Unsere Pflicht ist es nur, das was die Tarifcommission auf Verlangen der Regierung, aber gegen das Verlangen des Volkes versäumt hat, nachzuholen und den Tarif im Laufe dieses Sommers nöthigenfalls mit Aufopferung unserer Badezeit in seinen einzelnen Positionen sachlich zu prüfen. Die von der officiösen Presse ausgegebene Parole: Alles im Plenum! wird ja auch von Niemandem mehr vertheidigt. Von dem neu ausgearbeiteten System landwirthschaftlicher Zölle werden die Kornzölle irrig als Schwerpunkt des Ganzen behandelt. Sie sind nur die Frage, welche auf beiden Seiten im Volke mehr Verständniß findet. Viel bedeutender für die Landwirthschaft sind die Zölle auf Holz, geschlachtetes Fleisch und Fette. Mit dem Zolle auf Schmalz treffen Sie schwer ein ausschließlich von den armen Leuten gebrauchtes Lebensbedürfniß. Es handelt sich ja hier um einen finanziellen Ertrag von 6—7 Millionen. Dazu kommt die dadurch hervorgerufene Vertheuerung, denn der Händler legt nicht nur um Gotteswillen das schwer aufzubringende Steuercapital aus. Wer aber glaubt, daß die geringen Kornzölle als Austausch für industrielle Zölle der Landwirthschaft helfen können, der muß die neue Situation würdigen, welche der Briefwechsel zwischen Herrn v. Thüngen und dem Reichskanzler eröffnet hat. (Sehr richtig!)

Dieser Briefwechsel hat Alles überholt, was bisher irgendwie als wirthschaftliche Politik der Regierung gedacht worden ist. (Sehr wahr!) Er ist die einfache unbedingte Annahme des Agrarierprogramms nicht in seiner berechtigten, sondern in seiner agitatorischen Bewegung. (Sehr wahr!) Schon der Name von Thüngen giebt Bürgschaft dafür, aber auch der Inhalt beider Briefe. Ein Theil der Landwirthschaft will landwirthschaftliche Zölle als Ausgleich, ein anderer als Rache für die Industriezölle. In dieser Coalition der Landwirthschaft mit der Industrie haben augenblicklich die Industriellen gesiegt, die jetzigen Kornzölle sind den industriellen nicht äquivalent, aber in der nächsten Session schon wird die Landwirthschaft den von Herrn v. Thüngen gezogenen und vom Reichskanzler acceptirten Wechsel auf Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle zur Einlösung präsentiren. (Sehr wahr!) Der Reichskanzler und auch der Abg. v. Bennigsen haben uns gewarnt, diese Vorlage nicht allzu tragisch zu nehmen. Der Weltuntergang ist allerdings nicht damit verbunden, die deutsche Nation ist mit gesetzgeberischen Fehlern fürs erste nicht zu tödten (Heiterkeit), aber die Vorlage mit ihren Folgen ist doch als eine bedeutungsvolle Krisis für unser öffentliches Leben zu betrachten. (Sehr wahr!) Sie eröffnen damit einen principiellen Krieg zwischen der Landwirthschaft und den Städten. Ich bin in dieser Frage vollständig unparteiisch sowohl nach meiner Lebensstellung als nach meiner Vertretung hier im Hause — denn aus meinem Wahlkreise habe ich Petitionen zu Gunsten der grundverschiedensten Programme erhalten —, außerdem habe ich mit Ausnahme von Finanzzöllen oder wo es sich um eine politische Vermittelung handelte, nie in Zollangelegenheiten öffentlich das Wort genommen. Als Unparteiischer muß ich nun sagen, daß der mit dieser Maßregel eingeleitete Bruch zwischen Stadt und Land vom wirthschaftlichen auf das politische Gebiet sich ausdehnen wird. Sehen Sie sich doch die zahlreichen städtischen Petitionen gegen die landwirthschaftlichen Zölle an, ja es wird zur Erörterung dieser Frage ein Städtetag vorbereitet. Ich kann die Haltung derjenigen begreifen, die eine solche Trennung für nothwendig halten, aber nicht die Haltung derjenigen, welche diesen Schritt im Wege des Compromisses, nur um zur Ruhe zu kommen, thun.

Nach dem Briefwechsel zwischen Herrn von Thüngen und dem Reichskanzler — der heute als Programm des letzteren schon im „Reichsanzeiger" abgedruckt ist — wird er dieses Programm durchführen und seine heutigen Helfer, sofern er sie nicht umstimmen kann, wechseln. Ruhe ist nicht zu erwarten, weder die Landwirthschaft noch die Städte werden den Kampf für ihre Interessen, die sie durch diesen Tarif nicht genügend gewahrt resp. beeinträchtigt glauben, aufgeben. Mit dem Abg. von Bennigsen halte ich den Vergleich dieses Kornzolls mit dem englischen für unzutreffend. Sie waren in England der Ausdruck des Kampfes zwischen dem Lande und der städtischen Industrie. Mit dem Ausgleich dieser Interessen endeten diese Zölle in England. Ein Rest dieses alten Uebels kann nicht als Motiv für Installirung desselben bei uns benutzt werden. Neben den Kornzöllen werden auch die andern landwirthschaftlichen Zölle wie auf geschlachtetes Vieh und Fett u. s. w. einer gründlichen Revision unterworfen werden müssen. Ich verstehe, daß diejenigen dafür stimmen wollen, welche alle nationale Arbeit, also auch die landwirthschaftliche schützen wollen, aber nicht diejenigen, welche mit Recht, wie der Abg. von Bennigsen, einen solchen allgemeinen Schutz für unmöglich halten. Dann sind diese Zölle nur Finanzzölle, und finanzielle Kornzölle vermag ich nicht zu begreifen in einem Augenblicke, wo man die Biersteuer ablehnt. Ich glaube, die Landwirthschaft ist nicht für Schutzzölle geeignet in dem Sinne, daß sie dadurch zu einem selbstständigen Gewerbe groß gezogen werden könne, obwohl ich diese Möglichkeit für andere Industrien zugebe. Wir haben ja in diesem Sinne viele Millionen zur Hebung der Zuckerindustrie auch im Interesse der Landwirthschaft ausgegeben. Voraussetzung zu solcher Schutzzollpolitik ist aber, daß sich die zu schützende Industrie noch nicht hat entfalten können, — so hat man ja auch für die Eisenzölle plaidirt — aber eine Jahrhunderte alte Industrie, wie die Landwirthschaft, kann man auf diesem Wege nicht schützen. Ich will gern für die Landwirthschaft, z. B. bei Beseitigung der sie ungerecht gravirenden Differentialtarife, das Menschenmögliche thun, aber diesen verkehrten Weg, der, ohne Ruhe zu bringen, eine weite Kluft in der Politik eröffnet, will ich nicht mitmachen.

Der Reichskanzler hat in seiner Freitagsrede für die Begünstigung der Landwirthschaft in der Finanzpolitik weit über die in seinem Briefe vom 15 December enthaltenen hinaus gehende Gesichtspunkte eröffnet, welche wiederum durch den Briefwechsel mit Herrn v. Thüngen geholt sind. Durch Preissteigerung der Producte soll die Prägravation der Landwirthschaft durch heimische Steuern ausgeglichen werden. Nun aber sollen aus der Gewährung der Schutzzölle ihr auch noch sämmtliche Steuern erlassen werden. Ich bedauere, daß die preußischen Verhältnisse zur Grundlage der Reichsfinanzpolitik gemacht werden, das ist keine nationale, sondern eine particulare Politik. (Sehr richtig!) Aber der Reichskanzler ist ein so wichtiger Factor in der Regierungspolitik, daß ich ihm auf diesem Wege bis zu einem gewissen Punkte folgen muß. Ich muß Sie dringend warnen, als objectiv treffend demjenigen Glauben zu schenken, was der Reichskanzler über die Besteuerungsverhältnisse der Landwirthschaft in seiner Freitagsrede gesagt hat. Ganz unbewußt, wie ich vorausschicke, aber größere Uebertreibungen wegen Ueberbürdung als in dieser Rede habe ich niemals, auch nur aus dem Munde eines Abgeordneten gehört (Heiterkeit). Wenn dieser Zustand in der That in Preußen wäre, wie der Reichskanzler erklärt, dann wäre nur wunderbar, daß nicht schon längst die Landwirthschaft vollständig bankerott wäre. Sie haben auch in dieser Beziehung nicht Allem so unbedingtes Zutrauen zu schenken, was er erzählt. Man sieht nur einen kleinen Kreis, der günstige Beispiele darbietet. Dasselbe Verfahren hat neulich der Geh. Rath Tiedemann in Betreff seiner Zahlen über die Subhastationen im ländlichen Grundbesitz befolgt. Der Reichskanzler hat nun ausgerechnet, daß die Landwirthschaft im Minimum 10 Procent in staatlichen Steuern und mit den Zuschlägen in den Gemeinden 20 Procent ihres wirklichen Einkommens zahle. Das steigere sich bei einer Verschuldung bis zur Hälfte, die nichts seltenes sei, bis auf 40 Procent. Glauben Sie wirklich, daß dann ein gewerblicher Betrieb bestehen könnte. Die Rechnung ist aber nicht richtig.

Ich nehme die Gebäudesteuer heraus, um zu zeigen, wie zuverlässig und für die Gesetzgebung verwendbar die Angaben des Reichskanzlers aus seinem eigenen Heimathslande Preußen sind. Er schätzt die Gebäudesteuer auf dem Lande von 2 bis 5 Procent und behauptet, daß, weil dieselbe nicht contingentirt sei, der Landwirth für jedes neue für seinen Betrieb nöthige Gebäude eine neue Steuer zahlen müsse. Der Reichskanzler kennt die Gesetze seines Landes, die er zur Grundlage seiner Finanz- und Wirthschaftspolitik macht, in diesem wichtigen Punkte gar nicht, denn gesetzlich sind landwirthschaftliche Gebäude frei von jeder Gebäudesteuer. (Hört! links.) Wenn Sie den jetzigen Inhabern der Güter, die vom Reichskanzler so hart getadelte Grundsteuer erlassen wollen, eine Last, welche bei ihnen schon in dem geringeren Kaufpreis, den sie für ihre Güter gezahlt haben, berechnet ist, so würden sie ihnen einfach mit einer Milliarde aufhelfen. Ob das nöthig ist, muß in Preußen erwogen werden, darf aber nicht zur Grundlage einer Finanzreform im Reiche gemacht werden. Denn diese Milliarde für den Grundbesitz würde aufgebracht werden müssen durch Zölle auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse, die gerade den armen Mann am stärksten treffen. Das Volk wird einsehen, daß dies eine Finanzpolitik der Besitzer gegen die Nichtbesitzer sein würde. (Sehr wahr!) Ich zeige Ihnen also, daß das Reich zwar Schritt für Schritt helfend für die Bedürfnisse der Einzelstaaten eintreten muß, daß man aber nicht unter Aufhebung der Grundsätze der Einzelstaaten hier eine Finanzreform und einen Tarif in 8 Wochen machen könne, um die Pläne des Reichskanzlers vorzubereiten.

In dem Programm sind drei Modificationen hervorgetreten. Der Reichskanzler will die directen Steuern bis auf eine Kleinigkeit aufheben — von den ca. 156 Millionen in Preußen sollen ca. 10 bis 15 übrig bleiben. Dazu sind 140 Millionen indirecter Steuern nöthig. Rechnet man das Deficit hinzu, so ergiebt sich eine Summe von ca. 300 Millionen. Dabei ist die Erhöhung der Beamtengehälter, bestehend in dem versprochenen Erlaß der Staatseinkommensteuer, nicht eingerechnet. Dazu muß im Reiche eine Ueberschußwirthschaft eingeleitet werden, mit der allerdings die preußischen Collegen des Reichskanzlers nicht einverstanden sind. Da nach Auskunft des Ministers Hobrecht diese Vorlagen nicht über 166 Millionen ergeben werden, so sind noch ca. 120 Millionen zur Ausführung dieses Planes erforderlich, ohne daß das Reich einen Pfennig von den neuen Steuern für sich erhält. Dahin führt also diese Finanzpolitik. Der Minister Hobrecht hat in seiner offenen, schlichten Erklärung — das Wort „Zukunftsmusik" in Bezug auf die Politik des Reichskanzlers hat er im stenographischen Bericht weggelassen (Heiterkeit) — sich mit den aus dieser Vorlage resultirenden 166 Millionen einverstanden erklärt. Der Minister Hobrecht hat nur die Politik des Fürsten Bismarck in dieser Session zu vertreten, wir aber müssen die Absichten des Reichskanzlers für unsere zukünftige finanzielle Entwickelung im Auge behalten. Das Programm des Ministers Hobrecht ist das zweite. Das dritte ist das des Abg. von Bennigsen; dieser will unter Ermäßigung der Schutzzölle nur 90 Millionen als Finanzergebniß, obwohl ich nicht einsehe, wie er mit dieser Summe diese Politik durchführen will. Bei dem Grundsatz des Fürsten Bismarck, Ersatz der directen Steuern durch indirecte, können wir entweder auf die vorgelegte Reform nicht eingehen oder man kann sie nur als den ersten Schritt zur künftigen, definitiven Reform ansehen.

Ich kann das Programm des Reichskanzlers nicht annehmen, weil ich es für das größte Unglück halten würde, durch Zölle auf nothwendige Lebensmittel, welche die untersten Volksklassen durch Herbeiführung einer

Einschränkung der Consumtion relativ am stärksten belasten müssen, den Grundbesitz und das Vermögen vollständig von der Besteuerung zu entlasten. Kein civilisirtes Land der Welt hat eine solche Politik bewußt eingeleitet, wenn es sie nicht überkommen hat als ein Uebel aus vergangenen Zeiten (Sehr wahr! links. Ruf: Blech! rechts.) Wenn Sie sagen, daß wir in der Entwickelung des indirecten Steuersystems z. B. hinter Amerika und Großbritannien zurückgeblieben sind, so haben Sie außer Acht gelassen, daß wir im Gegensatz zu diesen Ländern jährlich 350,000 arbeitende Männer zu den Fahnen stellen müssen. Ich will nur von Geld, nicht von der Blutsteuer sprechen, damit man mir nicht wieder „Blech" zuruft. Nehmen wir das Verdienst eines Mannes zu dem niedrigsten Satze von 200 Thlr. jährlich, so komme ich auf einen jährlichen Satz an indirecten Steuern von über 200 Millionen. Die breite Masse des Volkes nimmt also ausreichend daran Theil und ich bin erstaunt über diese plötzliche Bewilligungslust an indirecten Steuern. In England ist zudem der Grundbesitz in noch viel stärkerem Maße als bei uns zu den Communallasten herbeigezogen. Es ist ja auch notorisch, daß in Preußen mindestens die Hälfte der rechtmäßigen Einkommensteuer nicht entrichtet wird. (Ruf: die Landwirthe gehören nicht dazu!) Auch die Landwirthe haben Actien, aus denen das Einkommen nicht zur Cognition kommt. Die Beamten allerdings kommen bei dieser Veranlagung viel ungünstiger weg, bei welcher man an vielen Orten mit solcher Naivität verfahren wird, daß man die Staatssteuer und Communalsteuer nach ganz anderen Grundsätzen veranlagt, wodurch sich auch die 500 Procent Zuschläge zu den Staatssteuern als Communabgaben erklären. Ueber die Modalität einer Reform der directen Steuern in Preußen kann ich hier nicht discutiren, aber ich will Erhaltung der directen Steuern neben den indirecten, weil dadurch allein eine gerechte Ausgleichung herbeigeführt werden kann zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden. (Unterbrechung.)

Präsident v. **Forckenbeck**: Ich bitte, den Herrn Redner nicht durch Zurufe zu unterbrechen. Die Zurufe kann ich weder der Person noch dem Inhalte nach controliren, und ich erkläre offen, wenn ich den Zuruf „Blech" verstanden und die Person hätte constatiren können, ich den Ausdruck durch einen Ordnungsruf gerügt haben würde.

Abg. **Lasker** (fortfahrend): Mein Programm ist, daß wir für jetzt keine Ueberschußfinanzpolitik im Reiche entwickeln dürfen, weil dadurch zunächst eine Vermehrung der eigenen Ausgaben des Reiches veranlaßt werden würde. (Sehr richtig!) Ich erinnere daran, daß das Militärseptennat zu Ende geht und eine Revision der Militärausgaben bevorsteht. In diesem Jahre sind wir mit den Steuervorlagen nicht zu Ende; eine Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle steht uns in Aussicht, die Biersteuer hat der Abg. v. Bennigsen nur provisorisch zurückgewiesen. Das Bier ist allerdings ein guter besteuerbarer Artikel. Sie werden gewiß auch die Börsensteuer nicht ruhen lassen. Das ist ebenfalls richtig, ja ich glaube sogar, daß es nicht richtig ist, wenn man die einheimischen Papiere mit einem Stempel belegt, daß man die auswärtigen ohne einen solchen läßt. (Beifall rechts.) Ebenso stimme ich mit dem Abg. v. Bennigsen darin überein, daß Bier und Branntwein Arm in Arm spazieren müssen, zwar so, daß unter Freilassung des zu gewerblichen Zwecken dienenden Spiritus, der trinkbare einer viel größeren Steuer unterworfen werden muß. (Beifall.) Aber diese nützlichsten Sachen werden Sie in diesem Jahre unberührt lassen müssen wegen der Uebersättigung mit zum Theil schlechten Steuern, deren Ertrag Sie nur zu Luxusausgaben oder zur Ermäßigung der directen Steuern verwenden können. Ich werde, selbst wenn ich damit in der äußersten Opposition verbleibe, dem Staate nie die nothwendigen Ausgaben versagen, desgleichen bin ich für Abschaffung der Matricularbeiträge, sofern eine passende Steuer sich dafür findet, aber eine Ueberschußwirthschaft kann ich durchaus nicht billigen, denn die Finanzen der Einzelstaaten werden ebenso verwirrt, wenn sie nicht wissen, was sie im nächsten Jahre zu leisten haben, wie wenn sie nicht wissen, welche Ueberschüsse sie vom Reich zu erwarten haben. (Sehr richtig.)

Dabei könnte es vorkommen, daß der arme Norden beisteuern muß, um Ueberschußprämien an die süddeutschen Staaten abzugeben. So würden die östlichen Provinzen beim Kaffee einen Ueberschuß an Baiern geben, während dieses die Biersteuer für sich behält. Die Aversen müßten natürlich beibehalten werden, da sie nichts anderes sind als Steuern. Die Matricularbeiträge, in diesem Jahre 65 Millionen, umfassen glücklicher Weise das Deficit fast aller deutschen Länder, Würtemberg vielleicht ausgenommen, so daß nach ihrer Beseitigung auch das Deficit fortfällt. Dies ist ein Erfolg, den selbst der fiscalischste Minister, auch der preußische, nicht erwartet hat, vielmehr würde dadurch schon ein solcher Ueberschuß in den Finanzen der Einzelstaaten entstehen, daß die Finanzminister befürchten, mit unproductiven Ausgaben bestürmt zu werden. Ich wünsche lebhaft, die Tabakssteuer-Gesetzgebung in diesem Jahre zum Abschluß zu bringen, d. h. nicht mit den niedrigsten Sätzen, sondern mit denen, die der Tabak tragen kann, ohne in seinem industriellen Effect beschädigt zu werden. Bei der jetzigen Constellation dieses Hauses fürchte ich, daß der Tarif mit Zöllen angenommen wird, gegen welche ich principiell bin, wie z. B. die landwirthschaftlichen Zölle, namentlich soweit sie die untersten Volksklassen vorwiegend belasten. Doch werde ich natürlich mit solchen Zöllen rechnen und hoffe, daß wenigstens die Finanzzölle, soweit sie bei Erhaltung der directen Steuern das Bedürfniß überschreiten, gestrichen werden, so z. B. der Zuschlag zu Kaffee und Petroleum. Mit der Vernichtung der directen Steuern und Bewilligung der Finanzzölle hierfür können Sie doch bis zum nächsten Jahre wenigstens warten. Ich verlange ferner wirkliche, nicht scheinbare constitutionelle Garantien. Eine Scheingarantie, und deshalb schlimmer als gar kein Einnahmebewilligungsrecht wäre die Verpflichtung, jährlich die Ueberschüsse an die Einzelstaaten herauszuzahlen. Das wäre nur eine Ausgabe-Verpflichtung, so wie in Preußen die Verpflichtung zur Schuldentilgung aus den Ueberschüssen.

Wir müssen vielmehr die Einnahmen nach den Ausgaben bemessen, und bei Ueberschüssen durch Steuererlaß die Einnahmen mindern können. Ich werde jede Einrichtung, die dem im Erfolg gleichkommt, freudig annehmen, denn ich will der Selbstständigkeit des Reiches in seinen Finanzen die Wege ebnen. Aber eine Mehrbewilligung über das Bedürfniß ist eine nicht zu billigende Belastung des Volks. Die Frage des Einnahme-Bewilligungsrechtes wird für mich daher auch bei der Votirung der für das Reich nöthigen Einnahmen entscheidend sein. Wir stehen in der praktischen Politik an einem bedeutenden Wendepunkt; vor der Entscheidung über denselben muß Jeder sorgsam prüfen und erwägen, denn es handelt sich nicht um Verhandlungen mit Gegnern, sondern um freundschaftliche Verständigung unter Cameraden. Die Entscheidung wird nicht ohne Rückwirkung sein, so weit die von mir entwickelten großen Principien in Betracht kommen. Ich freue mich, daß die Partei, welche dem Reichskanzler bisher feindselig gegenüberstand, sich mit ihm versöhnt hat, und sehe darin eine Bestätigung des Hegel'schen Satzes von der List der Ideen. Wenn die Idee im nationalen Gewande nicht durchdringen kann, zieht sie den Sack der materiellen Interessen und erwirbt so Genossen. Der Reichsgedanke hat jedenfalls schon viel gewonnen, wenn man von einer zukünftigen Majorität des Reichstages — sei sie liberal-conservativ oder conservativ-central — mit den Elementen des Centrums sprechen kann. Ich wünsche aber, daß das Reich zu diesem Ziele durch wohldurchdachte Pläne komme, die ihm wirthschaftlich und politisch zum Heile gereichen. Begnügen wir uns in dieser Session mit dem, was für das Bedürfniß des Reiches erforderlich ist, und bewilligen es so, daß nicht eine starke Minorität darin eine Minderung der verfassungsmäßigen Rechte der deutschen Volksvertretung erblickt, so werde ich zwar das, was auf wirthschaftlichem Gebiete geschieht, sehr bedauern, aber es ist nicht Alles verloren. Wird aber auch die verfassungsmäßige Seite preisgegeben, so wird die deutsche Nation zwar kräftig genug sein, solche Mißstände zu überleben, aber es wird damit ein schwerer Rückschritt in der nationalen Entwickelung gethan sein. (Beifall links.)

Präsident **Hofmann**: Der bisherige Gang der Verhandlungen hat, wie ich glaube, zu der Erwartung berechtigt, daß es gelingen wird, über die Zolltarifsvorlage zu einer Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des Reichstages zu gelangen. Diese Zuversicht finde ich durch die Rede des Abg. Lasker nicht erschüttert, nicht blos weil er sich selbst als Vertreter einer Minorität gerirt hat, sondern nach dem Inhalt seiner Rede. In Zeiten, die wie die jetzigen zu einer finanzwirthschaftlichen und politischen Reform drängen, trägt der den Sieg davon, der mit einem positiven Programm auftritt. Der Abg. Lasker hat das von der Regierung vorgelegte, vom Reichskanzler in seinen Grundzügen entwickelte Programm wesentlich einer negativen Kritik unterzogen. Er will die Selbstständigmachung des Reichs auf finanziellem Gebiet, aber ohne „Ueberschußpolitik", und doch war die Regierung, wie ich meine, schon in den letzten Sessionen mit dem Reichstag darüber einig, daß die Beseitigung der Matricularbeiträge im strengen Sinne, jetzt 65 Millionen Mark, nicht das letzte Ziel der als nothwendig erkannten Reform sein könne. So wichtig sie in politischer Hinsicht für das Reich sein mag, ist die Beseitigung der Matricularbeiträge doch nur das äußere Merkmal für den Weg, den die Gesetzgebung bei einer Reform des deutschen Steuersystems gehen muß. Der eigentliche Kernpunkt des Reformbedürfnisses liegt in dem Mißverhältniß zwischen indirecten und directen Steuern in Folge der zurückgebliebenen Entwickelung der ersteren und der einseitigen Entwickelung der letzteren in den Einzelstaaten. Diese brauchen, um das zu ändern, mehr Geld, als die Beseitigung der Matricularbeiträge abwirft. Für Preußen würde dadurch nur das bestehende Deficit gedeckt, aber zu irgend einer Reform des Steuersystems keine Mittel vorhanden sein. In anderen Staaten z. B. in Baiern würde meines Wissens nicht einmal das Deficit gedeckt sein, und ich weiß nicht, aus welchen Quellen der Abg. Lasker seine gegentheilige Behauptung schöpft, ebenso unrichtig ist seine Behauptung, daß uns bereits die Einnahmen aus den Zöllen einen entsprechenden Ertrag liefern.

Seit der Gründung des Zollvereins haben sich die Erträgnisse der Zölle um höchstens 20 Procent vermehrt; sie betrugen per Kopf der Bevölkerung in der ersten Zollvereinsperiode 1834—41 durchschnittlich 2¼ M., für das Etatsjahr 1877/78 aber 2 M. 69 Pf. Die Regierungs-Ausgaben haben seit jener Zeit aber um 100 pCt. zugenommen; die finanzielle Entwickelung unseres Zollsystems ist also zurückgeblieben und das Versäumte jetzt nachzuholen. Auch auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete hat der Abg. Lasker keine positiven Gedanken entwickelt und die Einzelnheiten in seiner Kritik nicht gründlich erörtert; wahrscheinlich weil er den Regierungs-Commissar, der heute zuerst sprach und nach meiner Beurtheilung ein ziemlich verständliches Organ besitzt, von seinem Platz aus nicht hören konnte; sonst hätte er wohl auch nicht von „kleinen Scherzen", die der Commissar sich erlaubt habe, gesprochen. Da derselbe Abgeordnete auch mir vor einiger Zeit vorgeworfen hat, ich hätte eine aus dem Hause hervorgegangene Frage nicht mit genügendem Ernste beantwortet, und da er schon öfter hier gewissermaßen moralische Lectionen, vorzüglich der Regierung gegenüber ertheilt hat, so bitte ich ihn dringend, auch einmal von meiner Seite eine ganz bescheidene moralische Lection anzunehmen. (Heiterkeit, Beifall rechts.) Es ist nicht schön, wenn ein Mann, der eine große Ueberlegenheit gegenüber Vertretern der Regierung besitzt oder zu besitzen glaubt (Heiterkeit), diese Ueberlegenheit in gar so scharfer und empfindlicher Weise geltend macht. Im Interesse einer ruhigen, objectiven Behandlung der Dinge möge der Abg. Lasker in Zukunft die Güte haben, von seiner Ueberlegenheit, die ich ja in mancher Beziehung anerkenne, nicht den verletzenden Gebrauch zu machen, den er gewöhnlich zu machen pflegt. (Beifall rechts.) Ließe er sich von diesem Gefühle der Ueberlegenheit weniger beherrschen, so hätte er wohl auch heute dem Reichskanzler nicht vorgeworfen, daß er die preußische Gebäudesteuer-Gesetzgebung nicht kenne.

Ich glaube, der Reichskanzler hat, als er von dem Procentsatz sprach, mit welchem die Gebäudesteuer das Einkommen des ländlichen Grundbesitzes belastet, sehr wohl gewußt, welche landwirthschaftlichen Gebäude der Steuer unterworfen sind und welche nicht. Beim Studium von Petitionen empfehle ich dem Abg. Lasker eine gewisse Vorsicht; zunächst möge er die sich widersprechenden Petitionen aus seinem Wahlkreis für und gegen Getreidezölle und Erhöhung der Industriezölle, die er empfangen hat, studiren. Zur richtigen Würdigung von Petitionen ist aber zu bedenken, daß alle die Zweige der Erwerbsthätigkeit, die mit dem Tarif zufrieden sind, natürlich beim Reichstage nicht petitioniren. Man kann also aus der Zahl der Petitionen nicht auf das Verhältniß der Zufriedenen zu den Unzufriedenen unter den deutschen Landwirthen und Industriellen schließen. Die dem Reichstage vorliegenden Petitionen, die in der Regel auch den verbündeten Regierungen zugestellt werden, verlangen zum Theil höheren Schutz, als der Tarifentwurf gewährt. Auf diese Petitionen wird der Abg. Lasker wohl schon von selbst keinen allzu großen Werth legen. Andere Eingaben verwahren sich gegen den den betreffenden Industriezweigen zugedachten Schutz, weil sie fürchten, daß nun andere Nationen gleiche Schutzzölle bei sich einführen. Die Frage, welche Rückwirkung unser Tarif etwa auf die Tarifbildung bei anderen Nationen haben wird, läßt sich nicht nach einzelnen Industriezweigen beurtheilen. Die Schwierigkeit der ganzen zollpolitischen Frage liegt in der Verschiedenartigkeit der Interessen. Wir haben einen Interessenkampf zwischen den verschiedenen Landestheilen, zwischen den Küstenländern und dem Binnenlande, zwischen Consumenten und Producenten, zwischen Landwirthschaft, Handel und Schifffahrt auf der einen und der Industrie auf der anderen Seite. Wir haben innerhalb der Industrie selbst den Interessenkampf, den ich kurz bezeichnen will als den Kampf zwischen Spinnern und Webern. Ich hoffe, daß es im Laufe der Specialberathung gelingen wird, den Faden zu finden, der aus dem Labyrinth der aus diesen Kreisen herrührenden Petitionen herausführt, und will ihn bezeichnen.

Es ist der Gedanke, daß wir Deutsche, wie wir auf dem poltiischen Gebiet eine Einheit geworden sind, so auch auf dem wirthschaftlichen eine Einheit werden müssen, daß wir den — auch in diesem Hause vertretenen — wirthschaftlichen Particularismus ebenso überwinden müssen, wie wir zum Heil der Nation den politischen Particularismus überwunden haben. Mit diesem Grundgedanken wird man die verschiedenen Interessen ausgleichen können. Ich unterschätze den Export nicht, weil wir seiner bedürfen, um unseren Import zu bezahlen und damit wir die Frucht unserer Arbeit im Auslande uns holen können. Aber der Handel kann nicht allein und auch nicht vorzugsweise als Wohlstandsquelle der deutschen Nation bezeichnet werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind vielmehr bei unseren klimatischen und Bodenverhältnissen auf den Ertrag unserer harten Arbeit angewiesen. Dann muß aber auch in der deutschen Zollpolitik in erster Linie der Grundsatz zur Geltung kommen, daß unsere Production gehoben werden muß. Erst wenn wir mehr Werthe produciren als consumiren, kommt der Export und die Verwerthung dieses Ueberschusses für uns in Betracht. Die verbündeten Regierungen schätzen den Export sehr hoch, das beweist der Werth, den wir auf die Aufnahme der Clausel von den meistbegünstigten Nationen in die Handelsverträge legen, und die Aufwendungen, die wir zur Wahrnehmung der Interessen des Exports auf der Ausstellung in Sydney machen. In dritter Linie steht für mich erst der billige Einkauf im Auslande, denn das ist kein Erwerb, der für sich bleibt. Deshalb kommt bei Abmessung der Zollsätze immer zuerst die innere Production und dann erst der Export in Frage. Die ganze Schwierigkeit der Frage liegt in der Höhe des Zollsatzes und in der Streitfrage, ob durch dieselbe der Zoll ein Schutzzoll oder Finanzzoll wird. In verschiedenen Staaten verfährt man in dieser Hinsicht nach verschiedenen Grundsätzen. In dieser Beziehung werden wir zu einer Verständigung gelangen. Wenn in Folge dieser Zolltarifreform Handel und Wandel sich wieder hebt, dann wollen wir den Gegnern dieser Reform gern den Triumph gönnen zu sagen: „Nicht weil, sondern obgleich!" (Beifall rechts.)

Reichskanzler Fürst v. **Bismarck**: Ich hatte heute früh noch nicht die Absicht, in der allgemeinen Debatte wieder das Wort zu ergreifen, weil meine Ueberzeugung, und ich glaube, auch die der Mehrzahl der Zuhörer durch die Gegengründe, die gegen meine Darlegungen seitdem angeführt worden sind, nicht erschüttert war. Die meisten derselben bestanden, wie ich das gewohnt bin, weniger in einer Kritik der Sache, als in argumentis ad hominem, in Demonstrationen gegen meine Person (Ah! Ah!), und es ist mir das ziemlich gleichgiltig. Ja, meine Herren, an dieser Stelle, von welcher dies „ah" ausgeht, sind diese Demonstrationen zu Hause, und es veranlaßt mich, nochmals davon Act zu nehmen, damit man weiß, von woher dergleichen kommt und daß von dort aus die sachlichen Discussionen mit oratorischen Ausschmückungen betrieben werden, die den Frieden und die Verständigung zu fördern nicht geeignet sind. Ich hätte darauf so sehr viel Werth nicht gelegt, weil ich Ihnen besser selbst überlasse, ob Sie über meinen Verstand und meinen Charakter etwas günstiger denken wollen oder nicht, und ob Sie Ihr Urtheil von meinen politischen Gegnern entnehmen wollen oder nicht. Ich bin ja, wie Sie wissen, in der Presse, und zwar von verschiedenen Parteien, in einem solchen Maßstabe groben Ehrenkränkungen, lügenhaften Verläumdungen ausgesetzt gewesen, daß ich in dieser Beziehung ziemlich abgehärtet bin. Hier im Reichstag, auch dort, wo die Herren unruhig werden, kommt ja dergleichen nicht vor, aber natürlich bin ich auch gegen die mildere Kritik, der ich hier unterzogen werde, im Vergleich zur Presse, ziemlich abgehärtet. Ich würde also darauf nicht reagirt haben, wenn ich nicht, ohne die Absicht, heute herzukommen, benachrichtigt worden wäre, daß der Abg. Lasker über mich verschiedene Bemerkungen gemacht hat mit der Gesinnung für mich, die ich kenne und zu schätzen weiß, die aber doch ein Maß voll Verstimmung mir gegenüber zeigt, was ich gern mildern möchte, wenn es nur gelingt.

Ich kann sonst nach dem Maß der Verstimmung, welches aus der Haltung des Herrn Lasker spricht, immer einen günstigen Barometerstand für meine Politik und für die Politik, die ich glaube, im Namen des Reichs verfolgen zu sollen, entnehmen und insofern könnte mich das Sympton ja beruhigen, wenn nicht meine persönliche Vorliebe für einen so langjährigen Gegner mich das Bedürfniß empfinden ließe, seine Meinung in einigen Beziehungen richtig zu stellen. Der Herr Abgeordnete hat, wenn die Notizen, die ich bekommen habe, richtig sind, gesagt: ein Schriftwechsel mit dem Baron Thüngen habe alles überholt, was bisher an agrarischen Extravaganzen geleistet sei. Liegt darin nicht eine kleine rhetorische Extravaganz im Vergleich mit der agrarischen, die mir vorgeworfen wird? Ich habe mich dazu nicht blos berechtigt, sondern auch verpflichtet gehalten. Die Nation muß wissen, wie ich über die einzelnen Fragen denke und ich freue mich, wenn die Kenntniß hiervon eine möglichst öffentliche und verbreitete wird, denn ich habe darüber Nichts zu verbergen. Ich habe mich ausgesprochen gegenüber den sehr scharf accentuirten Klagen des Baron Thüngen über die Vernachlässigung der landwirthschaftlichen Interessen in der Tariffrage, um ihm nachzuweisen, daß ich unter Umständen eine viel höhere Verzollung der landwirthschaftlichen Producte gewünscht hätte, — in Bezug auf das Getreide nicht viel höher; denn der Zoll für Getreide, namentlich für Roggen, der am meisten als Nahrungsmittel dient, soll meiner Meinung nach kein Schutzzoll, sondern ein Finanzzoll sein und er wird gerade so gut vom Auslande gezahlt werden, wie heute die Mainzer Lederfabrikanten sich beschweren, daß sie jetzt für ihren Import in Spanien den Zoll bezahlen müssen, von dem sie früher frei gewesen sind, und hierin noch vielmehr, weil wir eine so außerordentliche Concurrenz für den Import von wohlfeilem Getreide in Deutschland haben.

Indessen das gehört ja in die Specialdebatte über die Getreidezölle. Wenn ich einem Correspondenten, der zu mir im Namen von 11,000 kleinen Grundbesitzern spricht, Rede stehe und ihm über die Motive, die mich geleitet haben, Auskunft gebe, so ist das doch früher von Niemand angefochten worden und Herr Lasker sollte als Jurist doch auch wissen, daß man kein Urtheil ohne Gründe giebt. Früher hat man es immer am Minister zu schätzen gewußt, wenn er nicht zugeknöpft war und seine Meinung in Betreff der Interessen des Landes, auf deren Wohl und Wehe er Einfluß haben könnte, offen aussprach. Ich sollte meinen, man sollte das an mir schätzen, anstatt es als eine agrarische Extravaganz zu bezeichnen, als einen Krieg zwischen Landwirthschaft und Industrie, zwischen Land und Stadt. Ja, das sieht doch noch ganz anders aus. Man nennt vielleicht jeden Kampf, der einem unangenehm ist, Krieg. Es handelt sich hier um eine Rivalität, um ein Ringen der Interessen miteinander, noch lange nicht um Krieg, es bleibt zwischen Landsleuten und der Bürgerkrieg, der der Phantasie des Herrn Lasker vorschwebt, ist doch noch nicht da. Wenn ich es mir nun zur Aufgabe stelle, in diesem Kampf der Interessen der Seite, die bisher meines Erachtens unterlegen hat, der Seite der Landwirthschaft und des Grundbesitzes — ich bitte Herrn Lasker, das wohl zu erwägen, ich habe neulich fast nie von der Landwirthschaft, sondern vorwiegend von städtischem und ländlichem Grundbesitz gesprochen, — und der städtische Grundbesitz leidet unter den Calamitäten der Steuer ebenso wie der ländliche. — Wenn sich da ein Minister findet, der seinerseits für den Theil, der bisher in diesem Kampf zurückgedrängt und der Ambos seit 50 Jahren gewesen ist und sich nun einmal gegen die Hämmer sträubt, eintritt, so sollte man das dankend anerkennen und nicht sagen, ich triebe die Finanzpolitik eines Besitzers. Ich kann dem Abg. Lasker ebenso gut sagen, er treibt die Finanzpolitik eines Besitzlosen; er gehört zu denjenigen Herren, die ja bei der Herstellung unserer Gesetze in allen Stadien der Gesetzmachung die Majorität bilden, von denen die Schrift sagt: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht und doch sind sie gekleidet — ich will nicht sagen wie, aber jedenfalls sind sie gekleidet. (Heiterkeit.)

Die Herren, die unsere Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naß macht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind, die die Mehrheit bei uns in der Gesetzgebung bilden, die weder Industrie noch Landwirthschaft, noch ein Gewerbe treiben, es sei denn, daß sie sich damit vollständig beschäftigt fühlen, das Volk nach verschiedenen Richtungen hin zu vertreten, und daß sie dies das ganze Jahr lang thun, die verlieren leicht den Blick und das Mitgefühl für diejenigen Interessen, die ein Minister, der auch Besitz hat, also auch zu der misera plebs gehört, die auch regiert wird und fühlt, wie die Gesetze dem Regierten thun. Wenn der offen auszusprechen sich nicht scheut, will er doch vor dergleichen Andeutungen gesichert sein, daß er hier die Finanzpolitik des Besitzenden triebe, vielleicht im eigenen Interesse. Ich habe in dieser Beziehung in der Presse ziemlich hohe Andeutungen gelesen, auf die ich nicht zurückkommen will, auf die zurückzukommen unter meiner Würde ist. Aber ich möchte doch die Herren bitten, sich das klar zu machen, daß die Nichtbesitzer, Nichtindustriellen, Nichtlandwirthe in den ministeriellen Stadien nothwendig die Mehrheit bilden, und daß die Gesetze von Hause aus die Farbe der Theorie und der Bureaus in ihren Vorlagen nur dann nicht haben, wenn einigermaßen Erfahrung im praktischen Leben bei dem, der sie macht, damit verbunden ist. Sie werden mir auch zugeben, daß in den gesetzgebenden Versammlungen die Zahl Derjenigen, die keinen Besitz, kein Gewerbe, keine Industrie haben, auf welche sie angewiesen sind, also die Zahl derselben, die vom Gehalt, Honorar, von der Presse, Advokatur, Arznei leben, kurz und gut der Gelehrtenstand, ohne eine Stellung im Nährstande, irgend eine Art von Lehrstand, daß der die Majorität bildet. In dieser Stellung möchte ich dem Abg. Lasker und denjenigen, welche durch ihre überlegene Beredsamkeit, durch den Einfluß auf ihre Collegen diese Majoritäten zu leiten gewohnt sind, und welche sich diesem Geschäft das ganze Jahr theils in der Presse, theils in parlamentarischen Beziehungen zum Danke des Vaterlandes widmen, denen möchte ich doch auch ans Herz legen, daß noblesse oblige.

Wer auf diese Weise jahrelang im Besitz der Macht in den Fractionen gewesen ist, der muß auch an den denken, der als Amboß dient, wenn der Hammer der Gesetzgebung fällt und das vermisse ich bei dem Abg. Lasker, wenn er sagt, ich hätte einen Krieg zwischen der Landwirthschaft und Industrie eröffnet. Das ist nun hoffentlich nicht wahr, ich hoffe, beide sehen endlich ein, daß es ihr Interesse ist, zusammen zu gehen. Aber zwischen Land und Stadt, das ist auch nicht in dem Maße richtig. Der Kampf, den ich nicht eröffnet habe, aber in dem ich seit Jahren mitkämpfe, soviel ich kann, soviel mir meine Geschäfte und — was ich doch auch bei den Betrachtungen, daß ich nicht früher mit dergleichen Vorlagen gekommen wäre, zu erwägen bitte — so viel mir Krankheit, Krankheit, die ich im Dienst erworben habe, dazu Zeit läßt, werde ich mich dieser Vertretung widmen. Der Herr Abg. Lasker hat dann nach meinen Notizen gesagt: größere Uebertreibungen, wie der Herr Reichskanzler in seiner Rede über die Steuerüberbürdungen gemacht, habe er nie aus dem Munde eines Abgeordneten gehört. Der Herr Abg. Lasker übertreibt ganz gewiß nie, was mir als rhetorisch etwas stark aufgetragen vorschwebt, war gewiß keine Uebertreibung, die meinen sollen noch größer sein. Nun, wenn sie so groß sind, daß keine anderen heranreichen, dann müßte doch irgend eine Zahl, irgend ein Satz nachgewiesen sein, in dem ich übertrieben hätte. Ich habe mich auf dem Gebiete der Ziffern bewegt und zwar derjenigen, die in dem Gesetze liegen und daher für jeden zugänglich sind. Ich habe gesagt, die Grundsteuer beträgt nach der Absicht des Gesetzes 10 pCt. Ist das eine Uebertreibung? Nein, es ist der klarste Inhalt des Gesetzes. Ich habe gesagt, ich will sie in Wirklichkeit, auch da, wo das Gut schuldenfrei ist, auf 5 pCt. herabsetzen. Ist das eine Uebertreibung? Im Gegentheil, es ist eine sehr bescheidene Veranschlagung und die schuldenfreien Güter sind bei uns leider selten. Ich habe bestimmte Sätze von der Gebäudesteuer genannt, auf die ich nachher komme, ich habe die Einkommensteuer genannt, ich bin durch ein schlichtes Additionsexempel nicht auf die Ziffer, die der Herr Abgeordnete ex propriis mir liefert, nämlich auf 40 pCt. der Lasten gekommen, sondern ich habe gesagt 20—30 pCt. Kann mir der Herr Abgeordnete auch nur einen Bruchtheil einer Zahl invalidiren, so wollte ich zugeben, ich hätte um diesen Bruchtheil übertrieben.

Er kann das nicht, und ich kann sagen, ich habe nie ähnliche Uebertreibungen aus dem Munde des Herrn Abgeordneten gehört. Ich verlasse diesen Gegenstand, um innerhalb der parlamentarischen Grenzen zu bleiben. Er fragt, ist es möglich, daß ein Gewerbebetrieb bestehen kann bei einer Besteuerung von 40 Procent. Ich freue mich, daß er in seiner weiten juristischen und gesetzgeberischen Praxis nie einen Gewerbebetrieb kennen gelernt hat, der höher belastet ist, auch nicht über 40 Procent seiner Revenüen an Zinsen zu zahlen gehabt hat, aber wenn er sich ein wenig innerhalb der Thore von Berlin und außerhalb im ganzen Lande umsehen wollte, so glaube ich, würde er Diejenigen, die 60 Procent an Zinsen ihrer Einnahmen und ich glaube noch mehr bezahlen und dabei doch in ihrem Erwerb bestehen, in großer Menge finden. Wie kommt ein so feiner Kenner der Menschen und unseres Landes dazu, zu sagen, bei 40 Procent ist es gar nicht möglich, zu bestehen. Ich erinnere daran, daß die mehr oder weniger amtlichen Erhebungen die in Frankreich über die Belastung des Grundbesitzes stattgefunden haben, zu dem Resultat geführt haben, daß in Frankreich das Grundeigenthum 44 Procent zu den öffentlichen Lasten beizusteuern habe, daß dies ein Zustand sei, der nicht mehr zu ertragen sei, daß das städtische Eigenthum mit 14 Procent vielleicht angemessen besteuert sei und mit mehr nicht, und daß das bewegliche Eigenthum keine 4 Procent zahle. So stellen sich die Verhältnisse in Frankreich; so schlimm stellen sie sich bei uns nicht. Aber wenn der Abgeordnete Lasker sagt, bei 40 pCt. Belastung könne kein Gewerbe bestehen, so kennt er das Geschäft nicht, wenigstens dieses nicht, und wenn er mir unterschiebt, ich hätte von 40 pCt. gesprochen, so täuscht ihn sein Ohr oder Gedächtniß; er hätte aber die Rede schon lesen können. Ich habe von 20 bis 30 Procent gesprochen, und kann das um so eher behaupten, als ich das Exempel hier wiederholen kann.

Wenn man so etwas öffentlich vor dem Lande sagt, dann sollte man auch von Seiten eines Abgeordneten, der öffentlich zum Volke spricht, und zwar mit der weitschallenden Stimme, die dem Abg. Lasker in seiner Stellung eigen ist, wohl davor gesichert sein, daß der erste Beamte des Reiches und des Staates in dieser Weise dem Volke als Einer dargestellt wird, der in leichtfertiger Weise Unwahrheiten sagt und sich vor keiner Uebertreibung fürchtet. Dabei ist dieser Vorwurf hingestellt ohne eine Spur, ohne einen Versuch von Beweis. Der Abg. Lasker hat mir ferner vorgeworfen, ich kennte die Gesetzgebung des Landes nicht. Das liegt ja auch innerhalb desselben Gebiets, von dem ich eben sprach. Es weiß ja jeder

Mensch, daß ich nicht jedes Gesetz kennen kann. Wenn aber ein Abgeordneter, der Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als welcher sich der Abg. Lasker vielfach gezeigt hat, indem er sein Censoramt dem Ministerium gegenüber übte, hier öffentlich den Vorwurf erhebt, er kennt die Gesetze nicht, so heißt das doch: er weiß nicht so viel von den Gesetzen, wie er seiner Stellung nach wissen müßte. Das ist doch eine Art, mich, meinen Fleiß und die Gewissenhaftigkeit, mit der ich mich auf eine Sache vorbereite, in der öffentlichen Meinung herunterzudrücken, die der Abgeordnete Lasker, wenn er für mich eben so viel Gerechtigkeit noch übrig hätte — ich will nicht sagen, wie für sich selbst — aber für seine Fractionsgenossen, nicht versuchen würde. Ich halte es nicht für nützlich, die höchste Behörde auf diese Weise und in einem so schonungslosen Tone, selbst dann, wenn man Recht zu haben glaubt, vor dem Lande gewissermaßen öffentlich an den Pranger zu stellen und seinen ganzen Triumph darin zu suchen, Jemanden, der einmal, so brauchbar oder unbrauchbar wie er sein mag, die Geschäfte des Landes trägt und den der Herr Abgeordnete keine Hoffnung hat, sofort zu beseitigen oder durch einen besseren zu ersetzen, den auf diese Weise — ich will keinen Ausdruck gebrauchen (Heiterkeit) — sonst würde ich ihn sagen. Ich halte es nicht für richtig, auf diese Weise vor der öffentlichen Meinung ein schlechteres Urtheil über die leitenden Staatsmänner hervorzurufen, als an und für sich bei einer ruhigen und rechtlichen Prüfung sich vertheidigen läßt, und gerade bei der hohen Empfindlichkeit, die der Herr Abg. Lasker sogar gegen jede Meinungsverschiedenheit hat, — schaudernd habe ich es selbst erlebt.

Ich möchte ihn doch bitten, etwas mehr die Empfindlichkeit Anderer zu schonen; — ich sehe ja von meiner amtlichen Stellung vollständig ab und stelle diejenige des Abg. Lasker vollkommen ebenso hoch und mit Vergnügen noch höher als die meinige (Heiterkeit). Aber beobachten wir doch die Form der Höflichkeit, die wir beobachten, sobald wir uns auf der Straße oder an einem dritten Orte begegnen; nehmen wir doch nicht an, daß, wo wir öffentlich reden, wir uns von dieser Regel dispensiren sollen und daß dies die Sache, oder die persönlichen Beziehungen, oder selbst das Ansehen dessen, der es thut, fördert. (Beifall.) Der Abg. Lasker sagt also: ich kennte die Gesetze des Landes nicht, landwirthschaftliche Gebäude seien frei. Darauf erwidere ich ihm: er kennt die Landwirthschaft nicht und weiß nicht, was ein landwirthschaftliches Gebäude ist. Ich habe hier eine Liste der Gebäudesteuer von einem pommerschen Gute. Da sind 149 Positionen landwirthschaftlicher Gebäude aufgeführt, deren Steuern zusammen in diesem Jahre um etwa 20 pCt. erhöht worden sind. Ich will dem Abg. Lasker daraus kurz mittheilen, was ungefähr ein landwirthschaftliches Gebäude ist. Da ist zunächst aufgeführt das Wohnhaus eines Rieselmeisters (Ruf: Wohnhaus!) Man wird doch zugeben müssen, daß dies zur Landwirthschaft gehört. Ebenso ferner das Wohnhaus für den Ziegler, die Tagelöhnerhäuser, so wie Gebäude mit Stall, die bekanntlich höher zahlen, als die anderen. Ich will Sie mit den Einzelheiten nicht ermüden, die Liste steht zu Jedermanns Einsicht. Ich frage: ist die Wohnung eines ländlichen Arbeiters, die nothwendig zu dem Betrieb der Landwirthschaft gehört, ein landwirthschaftliches Gebäude, oder nicht? und ist es eine Besteuerung der Landwirthschaft, wenn solche Gebäude deshalb, weil ein Stall dabei ist, höher besteuert werden oder wenn eine Erhöhung der Besteuerung wegen der Größe des Hofraums eintritt, die doch nur mit Rücksicht auf den technischen Betrieb der Landwirthschaft gewählt wird? Ich denke, die Beschuldigung der Unwissenheit in Bezug auf die Gesetzgebung trifft mich hier nicht. Wenn der Abg. Lasker sich in Betreff der Unwissenheit auf dem Gebiete der Landwirthschaft. über die er mit solcher Sicherheit spricht, ebenso ausweisen kann, so soll es mich freuen.

Er hat ferner gesagt, ein Bauer bezahle keine Einkommensteuer. Dies berührt mich nicht, denn ich habe die Einkommensteuer, weil sie von den Reichen bezahlt wird, ausdrücklich beibehalten wollen und nur an die Abschaffung der Klassensteuer in dem Maße, als ein Ersatz durch indirecte Steuern geboten wird, gedacht. Ich hoffe, mich darüber auch später, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird und ich noch Minister sein sollte, mit meinen preußischen Collegen zu verständigen. Ich bin und bleibe der Ueberzeugung, daß die Klassensteuer gar nicht bestehen, daß sie im ganzen Umfange abgeschafft werden sollte, und daß wir uns bemühen sollten, indirecte Steuern mit so hohem Ertrage zu finden, daß wir im Stande sind, die Klassensteuer zu erlassen. Der Herr Abgeordnete sagt nun, die Klassensteuer betrage nicht 3 Procent, das habe ich auch nicht behauptet. Ich habe von der Einkommensteuer gesprochen. Ob sie in ihren höchsten Positionen so sehr viel darunter ist, weiß ich doch nicht. Ich habe die Liste nicht im Kopfe, wie viel Jemand Klassen-Steuer bezahlt, der 1000 Thaler Einkommen hat, also die höchste Klassen-Steuer. (Rufe: 24 Thaler.) Wenn es 24 Thaler sind, so sind 24 Thaler nach meiner Rechnung von Tausend 2¼ Procent; das ist also doch so sehr weit von 3 pCt., die ich nannte, nicht entfernt, sehr viel weiter aber von 1—2 pCt., die der Abg. Lasker anführte, um diese Steuerbelastung hinunterzudrücken und nachzuweisen, daß dieses eine Steuerbelastung nicht ist. Auch hier schützen mich die Ziffern gegen den Vorwurf der Uebertreibung. „Die ganze Rechnung des Reichskanzlers ist irrig und unzuverlässig.“ Meine Herren, diese Behauptung ist einfach eine unrichtige, eine falsche, die der Herr Abgeordnete macht. Sie ist nicht irrig. Ich bitte mir den Irrthum nachzuweisen. Und „unzuverlässig“, ich bedauere, daß das hier so hingegangen ist. Wenn Jemand hier vom Regierungstische einen Abgeordneten unzuverlässig nennen wollte, ich glaube, es würde sofort die vielbestrittene Frage der präsidialen Disciplin entgegentreten. (Rufe: oh, oh!)

Ich muß dagegen protestiren, daß mir der Vorwurf der Unzuverlässigkeit gemacht wird. Es ist dies ein geradezu beleidigender Vorwurf. Unzuverlässig, d. h. man kann auf seine Angaben kein Gewicht legen. Ich verwahre mich gegen diesen Vorwurf und werde meinerseits dieses Wort nicht als in den parlamentarischen Sprachgebrauch übergegangen ansehen und nicht meinerseits damit operiren. Der Reichstag dürfe also nach der Meinung des Abg. Lasker auf keine Reform eingehen, welche auf so schwacher Basis steht, wie er es von meiner Zuverlässigkeit scheint anzunehmen, er hofft, der Reichstag werde der Führerschaft des Herrn Bismarck nicht folgen. Da ich einmal das Wort habe, so kann ich nicht umhin, es zu benutzen, um einem Vorurtheil zu widersprechen, welches namentlich hier aus dem Munde eines sachlich sonst sehr wohl informirten und, wie mir schien, zuverlässigen Abgeordneten, des Herrn Oechelhäuser, zu Tage trat. Die Herren werden sich erinnern, ich hatte damals leider auf dem hiesigen Standpunkte ihn nicht recht verstehen können, sonst würde ich ihm gleich die Bemerkung gemacht haben, daß er in Bezug auf den geschichtlichen Theil seines Rückblicks sich im Irrthum befindet — daß der Herr Abgeordnete damit schloß, er wolle der Fahne von 1818 folgen; er sah in dieser Fahne eine Vertretung des Freihandels, eine Vertretung der großen Finanzmänner, welche in der früheren Geschichte, sagen wir Preußens oder des Zollvereins von hervorragenden Namen sind. Der Herr Abgeordnete befindet sich da im Irrthum in Bezug auf die Jahreszahl. Ich kann eine Jahreszahl, die seiner Auffassung entspräche, überhaupt nicht finden. Die Herren Freihändler müssen sich von dem Gedanken, daß der Ruhm ihrer Vorfahren es verlange, daß wir Freihändler werden, losreißen. Das ist nicht der Fall. Im J. 1818 war preußischer Finanzminister ein wirklicher Ehrenmann, aber durchaus kein berühmter Gesetzgeber auf dem Gebiete der Finanzen, es war Herr v. Klewitz, und wie die Zölle im J. 1818 waren, dafür habe ich eine Liste mitgebracht. Wenn das das Ideal ist, was dem Abg. Oechelhäuser vorschwebte, so kann ich ihm dahin doch nicht folgen, es geht mir im Schutzzoll zu weit. (Heiterkeit.)

Ich habe hier eine übersichtliche Liste, von der ich bedauere, daß sie nicht mehr gelesen ist. Ich will Sie nicht ermüden, und wenn dies der Fall sein sollte, bitte ich überzeugt zu sein, daß die Ermüdung eine gegenseitige ist und daß ich auch meinen Athem sparen muß; aber hier also von 1818 bis 1821 waren beispielsweise die 4 letzten Baumwollenpositionen, die in dem von uns vorgeschlagenen Tarif 40, 60, 100 und 120 Mark betragen, 142, 183, 183, 183 (Hört!), es war ferner das Blei mit 3½ pCt. besteuert, und es ist jetzt frei; Bleiwaaren, die jetzt 12 Mark tragen sollen, waren damals mit 73 Mark bezahlt; feine Bürstenwaaren, welche jetzt und künftig mit 12 Mark besteuert sind, wurden mit 73 Mark besteuert. Ich übergehe das Meiste und ziehe nur die interessanten Positionen heraus. Es waren die letzten und höchsten Positionen, jetzt 30, 1818 73 Mark; feine Stahl- und Eisenwaaren jetzt 12 Mark, 1818 73 Mark; geschliffene und gefirnißte jetzt 3 Mark, damals 19 Mark; grobe Eisen- und Stahlwaaren, ebenso 19 Mark pro Centner, Hohlglas jetzt 1,50 Mark, damals 3,25 Mark, wobei ich zu dem Beispiele meines geehrten persönlichen, und wie ich überzeugt bin, auch in der Hauptsache politischen Freundes Delbrück noch bemerke, daß die Einfuhr leerer Flaschen und gefüllter Flaschen doch nicht in einer so großen Differenz steht, wenn man die leeren Flaschen, die man zollfrei einbringen will, füllen, korken und nachher den Kork bezahlen wollte — das ist eine ziemlich theure Manipulation — und die gefüllten Flaschen wieder entfüllen und spülen wollte, es würde dann mehr herauskommen als der Zoll beträgt. Die Steuer auf weißes Glas, rohes und geschliffenes, betrug 16,75 im Jahre 1818 und jetzt 12 M.; Brennholz, was jetzt steuerfrei ist, zahlte damals 25 Pfennige, ein Satz, der auf das Holz nicht mehr anzuwenden ist. Seide und Floretseide jetzt 450 und 220, damals beide 513 und 235, Leder aller Art jetzt 12, damals 24, Handschuhe jetzt 50, damals 238 M., Wein und Most jetzt 12, damals 47,70.

Ich will Sie nicht ermüden, ein jeder kann ja den Tarif nachlesen, ich will blos den historischen Irrthum bekämpfen, als wollten wir Sätze erstreben, die nicht stattgefunden haben. Das Jahr 1818 ist meiner Ueberzeugung nach auch in den Augen des Herrn Oechelhäuser entlarvt, ich glaube nicht, daß man es in freihändlerischer Beziehung anziehen kann. Während der eigentlich wirksamen Zeit des Zollvereins, unter welcher wir uns 10 Jahre einer ziemlich ungetrübten Prosperität trotz schwerer Wirren im Jahre 1848 im Großen und Ganzen erfreut haben, waren die Zölle bei Weitem höher, als die wir ihnen jetzt vorschlagen. Vor diesen Zöllen stand eine Anzahl bedeutender Finanzmänner, die einzigen, die wir meines Wissens seit langer Zeit gehabt haben: Rother, v. Moser und v. Motz, 1817 v. Cleve, 1825, 1830, 1834 v. Motz, v. Moser und Graf Alvensleben. Zwischen ihnen war Rother, der großen Einfluß auf die Gestaltung gehabt hat und eben auch kein Fachmann war. Er war Regimentsschreiber und wurde zur Stelle ausgehoben auf dem Wege der Cantonalpflicht, kein Gelehrter, wie sie heute die Gesetzgebung beherrschen. Motz war Landrath und auch kein Fachmann. Dann folgen von 1842 an Namen, bei deren keinem ein finanzieller Reformer sein Herz wird erwärmen können: Bodelschwingh, ein sehr ausgezeichneter Oberpräsident und Minister, der als Finanzmann keine feste Spur hatte, wohl aber in vielen anderen Dingen. Dann Flottwell, v. Uelzen, Hansemann, Bonin, dann ein Mann von Geist, Kühne, der aber anfing die Finanzwirthschaft politisch nach einer bestimmten Richtung, der er sie bis zu einem gewissen Grade unterordnete, zu betreiben. Dann kommen v. d. Heydt, Camphausen, Hobrecht. Nun, m. H., wo da in der Vergangenheit dieser feierliche Appell an den Ruf unserer Vorfahren mitunter hinkommt, wenn Sie nicht gerade die eigentlichen Stifter des Zollvereins meinen, das weiß ich nicht. Sie haben sich immer auf der Höhe von 138 in Baumwollenwaaren, von 1822–64 auf 150 in der höchsten Position gehalten, jetzt waren wir bei 78 angekommen und streben auf 125, also lange nicht so hoch wie in der Hauptzeit der Prosperität des Zollvereins. Die Erinnerung an den Zollverein spricht also für diese Reform. Wir wollen die alte, ruhmreiche und wirksame Zollvereinspolitik wieder in ihre alten Rechte einsetzen und ich hoffe von ihr denselben Segen, den wir lange Jahre von ihr gehabt haben.

Ich habe in der ganzen Debatte die Erwähnung eines Gebiets vermißt, ohne welches der Zolltarif doch keine Selbstständigkeit, keine Sicherheit und keine Wirkung hat, das ist die Frage der Eisenbahntarife. Sie schwebt ja nicht hier in diesem Gesetz, sie sollte aber wo möglich auch gleichzeitig gelöst werden, denn es ist ganz unmöglich, eine Zollpolitik unabhängig von der Eisenbahnfrachtpolitik zu treiben. So lange die Tendenz unserer Eisenbahnen gewesen ist, uns Alles, was Einfuhr ist, vielleicht wegen der größeren Geldkräfte des Auslandes, wohlfeiler hereinzufahren, als sie das, was Ausfuhr ist, herausfahren, so lange ist ein Gegenzoll gegen unseren Tarif, steht uns eine Einfuhrprämie gegenüber, die z. B. im Getreide sehr häufig das Drei- und Vierfache des Zolles betragen kann. So lange wir diesen Krebsschaden unserer Production haben und davon nicht erlöst werden, daß jede Ausfuhr von uns zu höheren Tarifen geliefert wird, als die Einfuhr, daß jedes deutsche, einheimische nationale Gut theurer gefahren wird, als das ausländische, so lange kann kein Grenztarif helfen, und wir werden ohnmächtig bleiben gegen eine Macht, welche in die Hand einzelner Gesellschaften oder einzelner Zweige der Staatsverwaltung gelegt ist und gelegt war. Zu meiner großen Freude hat in Preußen in der Eisenbahnpolitik eine Umkehr seit Jahr und Tag dahin stattgefunden, in den übrigen Staaten hoffe ich, daß diese bald geschehen wird, wenn auch bisher der Thaler aus Eisenbahnrevenuen noch einen höheren Werth zu haben scheint, wie der aus andern Finanzquellen herrührt. Vielleicht sind die Eisenbahnminister in den Einzelstaaten mächtiger als die übrigen; ich weiß nicht, woran das liegt, manche dieser Länder fahren zum Schaden. Mir ist noch ganz vor Kurzem z. B. der Fall vorgekommen, daß eine sächsische Papierfabrik eine Lieferung für ein englisches Journal an Papier übernommen hatte — ein Zeichen, wie hoch die Papierfabrikation bei uns gediehen ist oder wie wohlfeil wir die Preise stellen können. Das Journal ist, wenn ich nicht irre, der „Globe“, eines der großen Massenjournale, und das Quantum täglich sehr bedeutend.

Diese Fabrik ist nun in der Lage, sich darüber zu beschweren, daß sie jedes ausländische Product von den Eisenbahnen billiger gefahren bekommen könnte, als ihr Papier bis zum Hafen und ich glaube, wenn diese Beschwerden, daß die Ausfuhr bei uns zu theuer gefahren wird, allgemeiner sind, werden wir auch die Abhilfe finden. Ich habe mich absichtlich bemüht, den Beschwerden so viel Oeffentlichkeit wie möglich zu geben. Hiernach kann ich meine Ausführungen nur damit schließen, daß ich an dem ganzen Programm festhalte, wenn ich auch einzelne Positionen anders gewünscht hätte und davon ist ja auch in meiner Correspondenz mit Herrn von Thüngen die Rede. Aber wir haben zu Vorlagen nur dadurch kommen können, daß wir compromittirten, daß der eine in diesem, der andere in jenem nachgab. Ich bereue das auch nicht. Mir liegt nicht an Einzelnheiten, mir liegt es an der Gesammtheit und dieselbe Erwägung, denselben Gesichtspunkt möchte ich auch den Herren empfehlen, die vielleicht mit drei Viertel der Sache einverstanden sind, dann aber etwas haben, wie sie persönlich anderer Meinung sind, mitunter ganz isolirt in ihrer Fraction stehen. Die Möglichkeit, daß der einzelne sich die Vorlagen genau nach seiner persönlichen Einsicht über das, was nach seiner Ueberzeugung das Beste wäre, bildet, liegt nicht vor, nicht einmal in der einflußreichen amtlichen Stellung, deren ich mich erfreue, noch viel weniger in der Stellung eines einzelnen Abgeordneten und die Stimme desjenigen, der nicht für die Vorlage stimmt, weil sie ihm zu einem Achtel nicht gefällt, geht gerade so gut verloren und fällt in das Lager der Gegner, wie die, die dagegen stimmen, weil ihnen das ganze System und die ganzen Zielpunkte nicht gefallen. Ich möchte deshalb in dieser Beziehung zu Einigkeit ermahnen, und möge der einzelne, der mit dem größeren Theile der Vorlagen einverstanden ist, es doch machen wie ich, und den Uebrigen nicht so genau in's Gesicht sehen und sich sagen: „das Beste ist des Guten Feind.“ Ich kann nicht Alles haben, was ich erstrebe, ich frage nur, ist das, was gebracht wird, in Gesammtheit, in seiner Gesammtwirkung besser? Wenn ich es allein machen könnte, wenn ich allein die Majorität des Bundesrathes in mir trüge, würde ich vielleicht manches anders gemacht haben; aber ich muß es eben so nehmen wie es liegt.

Ich kann also damit schließen, daß ich meine Stellung zu der Sache in keiner Weise, namentlich nicht durch mich persönlich treffende Argumente, aber auch nicht durch die in geringer Anzahl vorgebrachten sachlichen erschüttert finde und daß ich nach wie vor an den Zwecken festhalte, die ich aufstelle: das Reich selbstständiger zu stellen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirecte Steuern zu erleichtern; zu diesem Behufe die Abschaffung der Klassensteuer, ich wiederhole es, in ihrem vollen Umfange zu erstreben, sobald uns die indirecten Steuern in dem Maße bewilligt sein werden, daß wir sie entbehren können. Und demnächst als den letzten und nicht den geringsten Zweck: der einheimischen und nationalen Arbeit und Production, im Felde sowohl wie in der Stadt und in der Industrie sowohl wie in der Landwirthschaft, den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne andere wichtige Interessen und unsere Gesammtheit zu schädigen. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

(Hierauf spricht der Abg. Windthorst, dessen Rede wir in der Morgenausgabe mittheilen.)

Präsident von Forckenbeck: Ehe wir in der Discussion fortfahren, möchte ich den Wunsch aussprechen, daß alle persönlichen, die Empfindlichkeit verletzenden Angriffe aus dem Reichstage verschwinden, sowohl von Seiten des Bundesrathes, als auch von Seiten der Mitglieder. Denn es liegt mir ob, sowohl die Mitglieder des Bundesrathes gegen persönliche Angriffe und Beleidigungen von Abgeordneten, als die Abgeordneten gegen Angriffe von Mitgliedern des Bundesrathes zu schützen und so in jeder Beziehung die Würde des Reichstages aufrecht zu erhalten. Ich möchte aber auch bitten, jede Empfindlichkeit zurückzudrängen. Dann habe ich noch einen Vorwurf gegen die Geschäftsführung des Präsidenten zu widerlegen. Der Reichskanzler hat gesagt, der Abgeordnete Lasker habe ihn beleidigt und zwar dadurch, daß er ihm Unzuverlässigkeit vorgeworfen habe. Es war im Augenblick nicht möglich, diese Frage näher zu prüfen, ich konnte das Wort überhört haben, besonders weil der Präsident in dieser Debatte fortwährend von der Frage der Rednerliste übermäßig in Anspruch genommen wird. Nach dem uncorrigirten stenographischen Bericht hat der Abgeordnete Lasker zum Beginn seiner Deductionen gesagt, er setze voraus, daß die Angaben von Uebertreibung nur unbewußt vorgebracht seien; er constatirte also von vornherein die bona fides des Reichskanzlers und weist eine persönliche Unzuverlässigkeit desselben entschieden zurück. Das Wort „unzuverlässig“ ist in Bezug auf die Ausführungen und die Person des Reichskanzlers nicht gebraucht, nur einmal kommt der Ausdruck vor: „wie wenig zuverlässig die Angaben sind.“ Ich kann nicht anerkennen, daß darin eine Beleidigung des Reichskanzlers liegt. Sind die Ausführungen des Abg. Lasker scharf gewesen, vielleicht sehr scharf, so kann ich das nicht hindern, ich würde dann meine Pflicht verletzen, auch die Redefreiheit zu schützen. (Beifall.) Ich kann deshalb nur die dringende Bitte wiederholen, auf Seiten des Bundesrathes wie der Abgeordneten alle persönlichen Angriffe aus der Debatte wegzulassen und lediglich die Sache in Betracht zu ziehen.

Fürst Bismarck: Ich danke dem Herrn Präsidenten für diese Richtigstellung; die Thatsache lag im Ganzen so wie ich sie voraussetzte. Ich achte das Urtheil des Präsidenten. Ich meinerseits bin Präsident des Bundesrathes und spreche als solcher; ich habe meinen Aeußerungen weder etwas hinzuzusetzen noch etwas zurückzunehmen.

Abg. Lasker bittet jetzt, in Anwesenheit des Reichskanzlers seine persönliche Bemerkung machen zu dürfen, eine Abweichung von der Geschäftsordnung, die der Präsident für unzulässig erklärt.

(Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

**Berlin**, 8. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Appellationsgerichtsrath von Wittken zu Breslau den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, und dem Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Luka zu Königsberg i. Pr. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Rath Julius Friedrich Bernhard Göschen zum Amtshauptmann, den Dirigenten des Haupt-Stempel-Magazins zu Berlin, Rechnungsrath Krüger, zum Geheimen Rechnungsrath ernannt; ferner dem Landrath Freiherrn von Wolff-Metternich zu Hörter den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen; und die in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Elberfeld getroffenen Wahl, die dortigen Stadtverordneten Franz Ernst und Friedrich Wilhelm Strücker als unbesoldete Beigeordnete der Stadt Elberfeld auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren bestätigt.

Se. Majestät der König hat den Pfarrer Ernst Ferdinand Heydler in Buchholz zum Superintendenten der Diöcese Pritzwalk, Regierungsbezirk Potsdam, ernannt.

Die bisherigen Geheimen Secretariats-Assistenten Blumenthal und Stachel sind als Geheime expedirende Secretäre und Calculatoren und der frühere Hofkammer-Bureau-Assistent Abel ist als Geheimer Secretariats-Assistent beim Reichskanzleramte angestellt worden. (R.-Anz.)

**Berlin**, 8. Mai. [Die Generaldebatte über den Zolltarif.] Immer höher und höher steigert sich das Interesse für die Generaldebatte über den Zolltarif, nicht blos wegen der schneidigen Gegensätze, die sich innerhalb der Parteien und gegenüber der Regierung in dramatischer Weise manifestiren, sondern auch wegen der persönlichen Differenzen und des leidenschaftlichen Tons, den die Discussion annimmt. Obwohl die wirthschaftliche Vereinigung, welche die Mehrheit des Hauses repräsentirt, vor der Plenarsitzung sich darüber einigte, daß heute der Schluß der Generaldebatte herbeizuführen sei, scheiterte dieser Plan doch an dem Umstande, daß noch viele Mitglieder, darunter Dr. Braun, Rickert, Berger, Stumm, v. Kleist-Retzow ꝛc., sowie die Socialdemokraten und Polen noch nicht zum Worte gekommen sind. Indessen wird wohl die Generaldebatte morgen geschlossen werden, nachdem sie heute durch die Theilnahme des Reichskanzlers ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte. Diesen hat die Rede des Abg. Dr. Lasker zu einer Erwiderung veranlaßt, welche sogar die Intervention des Präsidenten v. Forckenbeck nothwendig machte. Während dieser den Abg. Lasker gegen die Ausführungen des Reichskanzlers zu schützen suchte und dabei auch die Herren am Bundesrathstische aufforderte, in den Schranken der Mäßigung zu bleiben, glaubte der Reichskanzler sich der Disciplinargewalt des Reichstagspräsidenten entziehen zu müssen, indem er bemerkte, daß er als Präsident des Bundesraths nichts von seinen Aeußerungen zurückzunehmen und nichts hinzuzufügen habe. Der Abg. Lasker schloß diese Episode damit ab, daß er bei einer persönlichen Bemerkung, welcher der Reichskanzler nicht mehr anwohnte, seine angeblichen Aeußerungen über mangelhafte Gesetzeskunde und Unzuverlässigkeit des Reichskanzlers richtig stellte. Die Reden der Abgg. Lasker und Windthorst in der heutigen Sitzung bezeichneten die differirenden Ansichten, welche ein Theil der Nationalliberalen und das Centrum zu den Vorlagen einnehmen. Während Lasker an mehreren Stellen seiner Rede, theils direct, theils indirect den Abg. von Bennigsen angriff, in vehementer Sprache des Reichskanzlers Bestrebungen einer herben Kritik unterzog, die Streichung der Finanzzölle verlangte, die constitutionelle Frage mit Ja oder Nein entschieden und keine Schein-Garantien annehmen wollte, entwickelte der Abg. Windthorst das Programm der Ultramontanen, ohne dabei neue Momente zur Sprache zu bringen. Ob das Centrum die Finanzzölle bewilligen wird, ist heute noch ebenso fraglich als vor Wochen. Zur Vorsicht fügte der Abg. Windthorst seinen Ausführungen nur hinzu, daß er einige Finanzzölle bewilligen werde, wenn die Schutzzölle zur Deckung der Matricularumlagen nicht ausreichen sollten.

# Provinzial-Zeitung.

△ **Breslau**, 9. Mai. [Ernennung.] Die „Vossische Ztg.“ meldet: Der Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs in Breslau ist zum Staatsanwalt am Berliner Oberlandesgericht ernannt.

= **[Feuer.]** In der Gartenstraße Nr. 12 belegenen Rahmen- und Cartonagen-Fabrik kam gestern Abend in der 9. Stunde, wahrscheinlich durch aus dem Wärmofen in die mit Sägespänen angefüllte Dielenfuge gefallene glühende Asche oder Kohlen veranlaßt, ein Fußbodenbrand zum Ausbruch, der auch Schaal- und Einschneidedecke erfaßt hatte. Nach Aufreißen des Fußbodens wurde das Feuer indessen bald beseitigt.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

**Wien**, 8. Mai. Meldungen der „Polit. Corr.“ aus Konstantinopel vom 8. d.: General Obrutscheff ist in Philippopel eingetroffen. Die Pforte dürfte, wie verlautet, von der Besetzung von Bourgas und Ich,iman vorläufig Umgang nehmen. — Aus Tirnowa von heute: Die russischen Instructionsoffiziere haben Befehl erhalten, ohne Verzug bei ihren russischen Truppenkörpern einzurücken. Diejenigen Offiziere, welche in der bulgarischen Miliz verbleiben, scheiden aus dem russischen Heere aus.

**Versailles**, 8. Mai. Die Sitzung des Senats war nur kurz. Die von den Legitimisten angekündigten Interpellationen wurden theils zurückgezogen, theils vertagt.

**Paris**, 8. Mai. Grévy unterzeichnete heute das Begnadigungsdecret für 440 wegen des Communeaufstandes Verurtheilte. — Die Zolltarifcommission ersuchte Waddington um Mittheilung der die deutschen Zollvorlagen betreffenden Schriftstücke.

**London**, 8. Mai. Unterhaus. Hamilton antwortet auf eine Anfrage, unter den Schweinen Amerikas sei der Typhus ausgebrochen. Die Regierung hat angeordnet, vom 1. Juni an alle aus Amerika kommenden Schweine in den Landungshafen abzuschlachten. — Stanley antwortet Lawrence, eine Depesche Chelmsfords besagt, Verstärkungen dürfen in Transvaal und Natal erforderlich sein, wahrscheinlich drei Bataillone. Die Regierung warte weitere Specialberichte ab.

**Petersburg**, 8. Mai. Der Gouverneur von Westsibirien, Generallieutenant Kasnakow, befindet sich hier auf Urlaub und geht wieder nach seinem Gouvernement zurück. General Güldenstubbe hat Alters und Krankheits halber um Urlaub und Entlassung nachgesucht. — General Biströn ist in den Kriegsrath versetzt, weil er älter ist, als der zum Generalgouverneur ernannte General Gurko.

**Petersburg**, 8. Mai. [Ausweis der Reichsbank] vom 5. Mai n. St.*)

| | | |
|---|---|---|
| Creditbill. im Umlauf . . . . | 716,515,125 Rbl. | unverändert. |
| Notenemission für Rechnung der Succurs. . . . . . . . . | 408,150,000 Rbl. | unverändert. |
| Vorschüsse der Bank an die Staats-Regierung . . . . . . . . | 448,312,953 Rbl. | Abn. 651,399 Rbl. |

*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 28. April.

# Berliner Börse vom 8. Mai 1879.

### Fonds- und Geld-Course.

| | | |
|---|---|---|
| Deutsche Reichs-Anl. | 4 | 99,20 bzB |
| Consolidirte Anleihe | 4½ | 105,80 bz |
| do. do. 1876 | 4 | 99,20 bz |
| Staats-Anleihe | 4 | 98,75 bz |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 93,75 bz |
| Präm.-Anleihe v. 1855 | 3½ | 154,00 bzG |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 103,20 bz |
| Pfandbriefe: Berliner | 4½ | 102,60 bz |
| Pommersche | 3½ | 88,50 bz |
| do. | 4 | 96,40 bz |
| do. | 4½ | 103,80 G |
| do. Lndsch. Crd. | 4½ | — — |
| Posensche neue | 4 | 97,90 bz |
| Schlesische | 3½ | — — |
| Lndschaftl. Central | 4 | 98,00 bz |
| Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk. | 4 | 98,10 bz |
| Pommersche | 4 | 98,60 G |
| Posensche | 4 | 98,60 bzG |
| Preussische | 4 | 98,60 bzG |
| Westfäl. u. Rhein. | 4 | 99,20 bz |
| Sächsische | 4 | 99,50 G |
| Schlesische | 4 | 99,25 G |
| Badische Präm.-Anl. | 4 | 130,00 bzG |
| Baierische 4% Anleihe | 4 | 135,00 bzG |
| Cöln-Mind. Prämiensch | 3½ | 127,00 bzG |
| Sächs. Rente von 1876 | 3 | 75,00 bzB |

### Hypotheken-Certificate.

| | | |
|---|---|---|
| Krupp'sche Partial-Ob. | 5 | 110,10 G |
| Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B. | 4½ | 99,00 bzG |
| do. do. | 5 | 105,50 bzG |
| Deutsche Hyp.-B.-Pfb. | 4½ | 97,00 bzG |
| do. do. do. | 5 | 102,50 bzG |
| Künd br. Cent.-Bod.-Cr. | 4½ | 102,90 G |
| Unkünd. do. (1872) | 5 | 103,90 bzB |
| do rückzb. à 110 | 5 | 109,50 G |
| do. do. do. | 4½ | 103,10 bz |
| Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B. | 5 | — — |
| do. III. Em. do. | 5 | 102,80 bzG |
| Künd b. Hyp. Schuld. do. | 5 | — — |
| Hyp.-Anth. Nord-G. C-B | 5 | 95,50 bzG |
| do. do. Pfandbr. | 5 | 94,90 bzG |
| Pomm. Hyp.-Briefe | 5 | 99,25 bzG |
| do. do. II. Em. | 5 | 94,50 G |
| Goth. Präm.-Pf. I. Em. | 5 | 114,50 bz |
| do. do. II. Em. | 5 | 110,00 bzG |
| do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110 | 5 | 103,00 bzB |
| do. 4½ do. do. m. 110 | 4½ | 96,60 bzG |
| Meininger Präm.-Pfdb. | 4 | 113,90 bz |
| Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge. | 5 | 99,20 bzG |
| Schles. Bodencr.-Pfdbr. | 5 | 101,75 bzG |
| do. do. | 4½ | 99,10 bzG |
| Südd. Bod.-Cred.-Pfdb. | 5 | 104,00 bzG |
| do. do. 4½% | 4½ | 100,00 bz |

### Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.) | 4⅕ | 57,90 bzG |
| do. (1/4. 1/10.) | | 58,00 bzB |
| do. Goldrente | 4 | 68,60-70 bz |
| do. Papierrente | 4⅕ | 57,70 bz |
| do. 54er Präm.-Anl. | 4 | 111,25 G |
| do. Lott.-Anl. v. 60 | 5 | 120,25 bz |
| do. Credit-Loose | fr. | 322,80 bzG |
| do. 64er Loose | fr. | 293,00 bzB |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 146,90 bz |
| do. do. 1866 | 5 | 144,25 bz |
| do. Orient-Anl. v. 1877 | 5 | 56,60 bzB |
| do. II. do. v. 1878 | 5 | 56,70 bzB |
| do. Bod.-Cred.-Pfdbr. | 5 | 76,50 bz |
| do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb. | 5 | 76,00 bzG |
| Russ.-Poln. Schatz-Obl. | 4 | 81,70 bzG |
| Poln. Pfndbr. III. Em. | 5 | 62,70 bz |
| Poln. Liquid.-Pfandbr. | 4 | 54,10 bzB |
| Amerik. rückz. p. 1881 | 6 | 103,50 bzG |
| do. do. 1885 | 6 | — — |
| do. 5% Anleihe | 5 | 101,60 bzG |
| Ital. 5% Anleihe | 5 | 78,40 bzG |
| Ital. Tabak-Oblig. | 6 | — — |
| Raab-Grazer 100 Thlr. L | 4 | 82,50 bzB |
| Rumänische Anleihe | 8 | — — |
| Türkische Anleihe | fr. | 11,50 G |
| Ungar. Goldrente | 6 | 80,25 bz |
| do. Loose (M. p. St.) | fr. | 180,00 bzG |
| Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl. | 5 | 78,10 bz |
| do. Schatzanw. | 6 | — — |
| do. do. II. Abth. | 6 | 102,80 bz |
| Schwedische 10 Thlr.-Loose — | | |
| Finnische 10 Thlr.-Loose 42,00 B | | |
| Türken-Loose 35,00 G | | |

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Berg.-Märk. Serie II. | 4½ | 102,80 G |
| do. III. v. St. 3½ g. | 3½ | 88,50 B |
| do. do. VI. | 4½ | 102,30 bzG |
| do. Hess. Nordbahn | 5 | 102,25 bzG |
| Berlin-Görlitz | 5 | 103,70 B |
| do. | 4½ | 97,50 bzG |
| do. Lit. C. | 4½ | 93,40 bzG |
| Bresl-Freib. Lit. DE. F. | 4½ | 101,25 G |
| do. Lit. G. | 4½ | 100,60 G |
| do. do. H. | 4½ | 100,30 bz |
| do. do. J. | 4½ | 100,30 bz |
| do. do. K. | 4½ | 100,30 bz |
| do. von 1876. | 5 | 104,10 G |
| Cöln-Minden III. Lit. A. | 4 | 96,80 bz |
| do. Lit. B. | 4½ | 103,00 B |
| do. IV. | 4 | 97,30 bzG |
| do. V. | 4 | 97,00 bz |
| Halle-Sorau-Guben | 4½ | 103,25 bzG |
| Hannover-Altenbeken | 4½ | 99,25 bz |
| Märkisch-Posener | 5 | — — |
| N.-M. Staatsb. I. Ser. | 4 | 98,50 bz |
| do. do. II. Ser. | 4 | 97,60 G |
| do. do. Obl. I. u. II. | 4 | 98,50 B |
| do. do. III. Ser. | 4 | 97,50 G |
| Oberschles. A. | 4 | — — |
| do. B. | 3½ | 89,25 G |
| do. C. | 4 | — — |
| do. D. | 4 | — — |
| do. E. | 3½ | 89,25 G |
| do. F. | 4½ | 102,75 G |
| do. G. | 4½ | — — |
| do. H. | 4½ | 102,95 bz |
| do. von 1869. | 5 | 102,50 bzG |
| do. von 1873. | 4 | 96,75 G |
| do. von 1874. | 4½ | 102,40 bzG |
| do. Brieg-Neisse | 4½ | 102,00 bzB |
| do. Cosel-Oderb. | 4 | — — |
| do. do. | 5 | 103,50 bz |
| do. Stargard-Posen | 4 | — — |
| do. do. II. Em. | 4½ | 101,75 bzG |
| do. do. III. Em. | 4½ | 101,75 bzG |
| do. Ndrschl. Zwgb. | 3½ | — — |
| Ostpreuss. Südbahn | 4½ | 101,10 G |
| Rechte-Oder-Ufer-B. | 4½ | 103,00 B |
| Schlesw. Eisenbahn | 4½ | — — |
| Charkow-Asow gar | 5 | 87,60 G |
| do. do. in Pfd. Sterl. à 20 Mark gar. | 5 | 81,90 bz |
| Charkow-Krementsch. gar. | 5 | 85,00 bzG |
| do. do. in Pfd. Sterl. | 5 | 81,00 bz |
| Dux-Bodenbach | fr. | 78,10 G |
| do. II. Emission | fr. | 71,00 bzG |
| Prag-Dux | fr. | 28,60 bzG |
| Gal. Carl-Ludw.-Bahn | 5 | 89,20 bzB |
| do. do. neue | 5 | 87,90 bzG |
| Kaschau-Oderberg | 5 | 67,50 bzG |
| Ung. Nordostbahn | 5 | 63,75 bzG |
| Ung. Ostbahn | 5 | 62,00 bz |
| Lemberg-Czernowitz | 5 | 72,30 bz |
| do. do. II. | 5 | 74,30 bzG |
| do. do. III. | 5 | 67,60 bzG |
| do. do. IV. | 5 | 64,25 bz |
| Mährische Grenzbahn | 5 | 60,40 bz |
| Mähr.-Schl. Centralb. | fr. | 22,30 bzG |
| do. II. | fr. | — — |
| Kronpr. Rudolf-Bahn | 5 | 73,60 bzG |
| Oesterr.-Französische | 3 | 366,25 bzB |
| do. do. II. | 3 | 347,00 bz |
| do. südl. Staatsbahn | 3 | 257,90 bzG |
| do. neue | 3 | 257,90 bzG |
| do. Obligationen | 5 | 89,80 bzG |
| Rumän. Eisenb.-Oblig. | 6 | 87,30 bz |
| Warschau-Wien II. | 5 | 99,75 G |
| do. III. | 5 | 98,60 bz |
| do IV. | 5 | 92,20 bz |
| d V. | 5 | 88,75 bzB |

### Wechsel-Course.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Amsterdam 100 Fl. | 8 T. | 3½ | 169,75 bz |
| do. do. | 2 M. | 3½ | 168,75 bz |
| London 1 Lstr. | 3 M. | 2 | 20,35 bz |
| Paris 100 Frcs. | 8 T. | 3 | 81,15 bz |
| Petersburg 100 SR. | 3 M. | 6 | 193,75 bz |
| Warschau 100 SR. | 8 T. | 6 | 194,40 bz |
| Wien 100 Fl. | 8 T. | 4½ | 173,20 bz |
| do. do. | 2 M. | 4½ | 172,10 bz |

Aurh. 40 Thaler-Loose 268,30 bz
Badische 35 Fl.-Loose 170,00 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 85,75 bzG
Oldenburger Loose 149,50 bz

| | |
|---|---|
| Ducaten — — | Dollars 4,21 G |
| Sover. — — | Oest. Bkn. 173,40 bz |
| Napoleon — — | do. Silbergd — — |
| Imperials — — | Russ. Bkn. 194,90 bz |

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Divid. pro | 1877 | 1878 | | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastricht | ½ | ½ | 4 | 18,10 bz |
| Berg.-Märkische | 3⅛ | 4 | 4 | 88,00 bz |
| Berlin-Anhalt | 5¾ | 5 | 4 | 91,75 bz |
| Berlin-Dresden | 0 | 0 | 4 | 12,50 bzG |
| Berlin-Görlitz | 0 | 0 | 4 | 17,25 bzG |
| Berlin-Hamburg | 11½ | 16½ | 4 | 178,90 bzG |
| Berl.-Potsd.-Magdb | 3½ | 3½ | 4 | 90,25 bzG |
| Berlin-Stettin | 7 1/10 | 3 1/5 | 4 | 102,60 bzB |
| Böhm. Westbahn | 5 | 5 | 5 | 83,10 bzG |
| Bresl.-Freib. | 2½ | 3¼ | 4 | 75,80 bz |
| Cöln-Minden | 5 1/20 | 6,5 | 4 | 120,80 bz |
| Dux-Bodenbach. B. | 0 | 0 | 4 | 29,30 bzG |
| Gal. Carl-Ludw.-B. | 9 2/7 | — | 4 | 102,75 bz |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 4 | 14,10 bz |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 4 | 15,00 bz |
| Kaschau-Oderberg | 4 | 4 | 5 | 46,90 bz |
| Kronpr. Rudolfb. | 5 | 5 | 5 | 56,60 bz |
| Ludwigsh.-Bexb. | 9 | 9 | 4 | 184,50 bz |
| Märk.-Posener | 0 | 0 | 4 | 22,25 bz |
| Magdeb.-Halberst. | 8 | — | 4 | 139,00 bzG |
| Mainz-Ludwigsh. | 5 | 4 | 4 | 75,50 bz |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 98,50 G |
| Oberschl. A. C. D. E. | 8½ | 8½ | 3½ | 147,90 bz |
| do. B. | 8½ | 8½ | 3½ | 132,70 bz |
| Oesterr.-Fr. St.-B. | 6 | — | 4 | 462,50-61,00 |
| Oest. Nordwestb. | 4,15 | — | 5 | 219,25 bzG |
| Oest. Südb. (Lomb.) | 0 | 0 | 4 | 136,00-35,00 |
| Ostpreuss. Südb. | 0 | 0 | 4 | 48,50 bzB |
| Rechte-O.-U.-B. | 6⅓ | 7 | 4 | 120,75 bz |
| Reichenberg-Pard. | 4 | 4 | 4½ | 41,60 bzG |
| Rheinische | 7 | 7 | 4 | 116,60 bz |
| do. Lit. B. (4% gar.) | 4 | 4 | 4 | 98,50 bz |
| Rhein-Nahe-Bahn. | 0 | 0 | 4 | 9,75 bz |
| Rumän. Eisenbahn | 2 | — | 4 | 30,00 bz |
| Schweiz Westbahn | 0 | 0 | 4 | 18,60 bzG |
| Stargard-Posener | 4½ | 4½ | 4½ | 102,30 bz |
| Thüringer Lit. A. | 7½ | 8 | 4 | 128,90 bzG |
| Warschau-Wien. | 5 | — | 4 | 189,50 bz |

### Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berlin-Dresden | 0 | 0 | 5 | 26,00 bzG |
| Berlin-Görlitzer | 0 | 0 | 5 | 44,00 bzG |
| Breslau-Warschau | 0 | 0 | 5 | 32,00 G |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 5 | 42,50 bzG |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 5 | 36,50 bzG |
| Kohlfurt-Falkenb. | 0 | 0 | 5 | [illegible] B |
| Märkisch-Posener | 4½ | 5 | 5 | 94,60 bz |
| Magdeb.-Halberst. | 3½ | 3½ | 3½ | 87,00 bzG |
| do. Lit. C. | 5 | 5 | 5 | 109,25 bzG |
| Ostpr. Südbahn | 5 | 5 | 5 | 94,25 bzG |
| Rechte-O.-U.-E. | 6⅓ | 7 | 5 | 123,75 bz |
| Rumänier | 8 | 8 | 8 | 86,00 bzG |
| Saal-Bahn | 0 | 0 | 5 | 25,50 bzG |
| Weimar-Gera | 0 | 0 | 5 | 21,00 bzG |

### Bank-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Alg. Deu. Hand.-G. | 2 | 2 | 4 | 28,25 bz |
| Anglo Deutsche Bk. | 0 | 0 | 4 | — — |
| Berl. Kassen-Ver. | 8 4/15 | 8 9/10 | 4 | 159,00 B |
| Berl. Handels-Ges. | 0 | 0 | 4 | 65,75 bzG |
| Brl. Prd.-u. Hdls.-B. | 6 | 6 | 4 | 66,80 bzG |
| Braunschw. Bank. | 3 | 4½ | 4 | 85,00 bz |
| Bresl. Disc.-Bank. | 3 | 3 | 4 | 76,75 bzG |
| Bresl. Wechslerb. | 5⅓ | 5⅔ | 4 | 85,00 bzG |
| Coburg. Cred.-Bnk. | 5 | 4½ | 4 | 75,00 bz |
| Danziger Priv.-Bk. | 0 | 5⅕ | 4 | 107,40 B |
| Darmst. Creditbk. | 6¾ | 6¾ | 4 | 130,25 bzG |
| Darmst. Zettelbk. | 5¾ | 5¼ | 4 | 103,25 bzG |
| Deutsche Bank | 6 | 6½ | 4 | [illegible] bzG |
| do. Reichsbank | 6,29 | 6,3 | 4½ | 155,00 bzG |
| do. Hyp.-B. Berlin | 7½ | 6¼ | 4 | 89,50 bzG |
| Disc.-Comm.-Anth. | 5 | 6½ | 4 | 150,25 bz |
| do. ult. | 5 | 6½ | 4 | 151,25-50,00 |
| Genossensch.-Bnk. | 5½ | 5½ | 4 | 97,50 bzG |
| do. junge | 5½ | 5⅓ | 4 | 98,25 G |
| Goth. Grundcredb. | 8 | 6 | 4 | 95,00 B |
| do. junge | 8 | 6 | 4 | 94,75 bzB |
| Hamb. Vereins-B. | 10 5/9 | 7¾ | 4 | 121,50 G |
| Hannov. Bank | 6 | 5½ | 4 | 103,50 bzG |
| Königsb. Ver.-Bnk. | 6 | 6 | 4 | 85,10 bzG |
| Ludw.-B. Kwilecki. | 0 | — | 4 | 63 G |
| Leipz. Cred.-Anst. | 5⅔ | 6⅔ | 4 | 130,00 bzG |
| Luxemburg. Bank | 6½ | 7½ | 4 | 119,75 bz |
| Magdeburger do. | 5 9/10 | 6 3/10 | 4 | 113,60 bzG |
| Meininger do. | 2 | 2½ | 4 | 85,00 bzG |
| Nordd. Bank | 8½ | 8⅘ | 4 | 145,25 G |
| Nordd. Grundcr.-B. | 5 | 6 | 4 | 49,80 bzG |
| Oberlausitzer Bk. | 3 | 4 | 4 | 70,30 bzG |
| Oest. Cred.-Actien | 8⅛ | 8¾ | 4 | 450-450½ |
| Posener Pro.-Bank | 6½ | 4 | 4 | 104,10 G |
| Pr. Bod.-Cr.-Act.-B. | 8 | 5 | 4 | 78,90 bz |
| Pr. Cent.-Bod.-Crd. | 9½ | 9½ | 4 | 124,00 bz |
| Sächs. Bank | 5¾ | 5¾ | 4 | 108,00 bzG |
| Schl. Bank-Verein | 5 | 5 | 4 | 93,00 bzG |
| Weimar. Bank | 0 | — | 4 | 37,60 bzG |
| Wiener Unionsbk. | 3⅓ | 5 | 4 | 135,0 G |

In Liquidation.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berliner Bank | — | — | fr. | 4,00 G |
| Berl. Bankverein | — | — | fr. | 40,00 G |
| Berl. Wechsler-B. | — | — | fr. | — — |
| Centralb. f. Genos. | — | — | fr. | — — |
| Deutsche Unionsb. | — | — | fr. | — — |
| Gwb. Schuster u. C. | — | — | fr. | — — |
| Moldauer Lds.-Bk. | — | — | fr. | — — |
| Ostdeutsche Bank | — | — | fr. | — — |
| Pr. Credit-Anstalt | — | — | fr. | — — |
| Sächs. Cred.-Bank | — | — | fr. | 107,25 G |
| Schl. Vereinsbank | — | — | fr. | 63,00 G |
| Thüringer Bank | 0 | — | fr. | 81,00 B |

### Industrie-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Eisenb.-Bd-A. | — | — | fr. | — — |
| D. Eisenbahnb.-G. | 0 | 0 | 4 | 12,00 bzG |
| do. Reichs-u. Co.-B. | 0 | — | 4 | 94,00 G |
| Märk. Sch. Masch. G | 0 | — | 4 | 33,00 bzG |
| Nordd. Gummifab. | 4 | 4 | 4 | 51,50 G |
| Westend. Com.-G. | — | — | fr. | — — |
| Pr. Hyp.-Vers.-Act. | 8 | 5 | 4 | 92,00 bzG |
| Schles. Feuervers. | 25 | 21 | fr. | 942 G |
| Donnersmarkhütt. | 3 | — | 4 | 35,00 bzG |
| Dortm. Union | 0 | — | 4 | 12,00 bzB |
| do. abgest. | 0 | — | 4 | 13,50 bz |
| Königs- u. Laurah. | 2 | — | 4 | 77,00 bzB |
| Lauchhammer | 0 | — | 4 | 33,50 bzG |
| Marienhütte | 3 | — | 4 | 53,75 bzG |
| Cons. Redenhütte | — | — | 4 | 95,50 bzG |
| Schl. Kohlenwerke | 0 | — | 4 | 13,75 bzG |
| Schl. Zinkh.-Actien | 6½ | — | 4 | 86,00 G |
| do. St.-Pr.-Act. | 6½ | — | 4 | 89,25 bzG |
| Tarnowitz. Bergb. | 0 | — | 4½ | 49,25 bzG |
| Vorwärtshütte | 0 | — | 4 | 12,50 bzG |
| Baltischer Lloyd | — | — | 4 | 5 G |
| Bresl. Bierbrauer. | 0 | — | fr. | — — |
| Bresl. E.-Wagenb. | 1 | 5⅓ | 4 | 61,40 bzG |
| do. ver. Oelfabr. | 5 | — | 4 | 54,00 bzB |
| Erdm. Spinnerei | 0 | 0 | 4 | 29,50 bzG |
| Görlitz. Eisenb.-B. | 4 | — | 4 | 62,00 bzG |
| Hoffm.'s Wag. Fabr. | 0 | — | 4 | 19,75 G |
| O.-Schl. Eisenb.-B. | 0 | 6 | 4 | 36,40 bzG |
| Schl. Leinenind. | 4 | — | 4 | 74,00 bzB |
| do. Porzellan | 1½ | 1½ | 4 | 27 B |
| Wilhelmsh. MA. | 0 | — | 4 | 25,50 G |

Bank-Discont 3 pCt.
Lombard-Zinsfuss 4 pCt.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Frankfurt a. M.**, 8. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 415. Pariser Wechsel 81, 15. Wiener Wechsel 173, 12. Böhmische Westbahn 166¼. Elisabethbahn 156. Köln-Mindener-Prämien-Antheilscheine 126¾. Galizier 204. Franzosen*) 229. Lombarden*) 67½. Nordwestbahn 109¾. Silberrente 57¾. Papierrente 57⅝. Oesterreich. Goldrente 68⅛. Ungar. Goldrente 80⅛. Italiener —. Russ. Bodencredit 76⅝. Russen 1872 —. Neue russ. Anleihe 85½. 1860er Loose 119¼. 1864er Loose 291, 20. Creditactien*) 225. Oest. National-Bank 713, 00. Darmstädter Bank 129¼. Meininger Bank 85. Hess. Ludwigsbahn 75. Ungarische Staatsloose 179, 00. do. Schatzanweisungen 102¾. do. Ostbahn-Obligationen II. 73¼. Central-Pacific 108⅞. Reichsbank 154¾. Reichs-Anleihe 99¼. II. Orientanleihe 56¼. Oldenburger Loose —. Discont — pCt. — Anfangs auf die Petersburger Nachrichten über die Erkrankungen in Astrachan gedrückt, Schluß beruhigt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 225, Franzosen 229¾, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —, —, Orientanleihe —, 1877er Russen —, 1860er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

**Hamburg**, 8. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 123¾, Silberrente 57⅞, Oesterr. Goldrente 68¼, Ung. Goldrente 79⅞, Creditactien 224¾, 1860er Loose 120, Franzosen 572½, Lombarden 167, Ital. Rente 78¼, Neue Russen 85¼, Vereinsbank 121⅝, Laurahütte 76¼, Commerzbank 106½, Norddeutsche 145, Anglo-deutsche 34¾, Internation. Bank 88¾, Amerik. de 1885 96, Köln-Minden. St.-A. 120½, Rhein. Eisenbahn do. 116⅜, Bergisch-Märk. do. 87⅝. Disconto 2 pCt. — Schluß etwas fester.

**Hamburg**, 8. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine höher. Roggen loco fest, auf Termine besser. Weizen per Mai 189 Br., 188 Gd., per Septbr.-October 193 Br., 192 Gd. Roggen per Mai 121 Br., 120 Gd., per September-Octbr. 128 Br., 127 Gd. Hafer still. Gerste fest. Rüböl fest, loco 59½, per Mai 59½, per October 61. Spiritus fest, per Mai 38¼ Br., per Juni-Juli 39 Br., per Juli-August 40 Br., per August-September 41 Br. Kaffee ruhig, geringer Umsatz. Petroleum ruhig, Standard white loco 9, 20 Br., 9, 00 Gd., per Mai 8, 75 Gd., per August-Dec. 9, 00 Gd. — Wetter: wolkig.

**Liverpool**, 8. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 10,000 Ballen, davon 2000 B. amerikanische, 5000 B. ostindische, 3000 B. egyptische.

**Liverpool**, 8. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhig. Middl. amerikanische Mai-Juni-Lieferung 6¾, Juni-Juli-Lieferung 6 13/16 D.

Upland good ordinair 6 9/16, Upland low middl. 6¾, Upland middl. 6⅞, Mobile middl. 6⅞, Orleans good ordinair 6⅝, Orleans low middl. 6 13/16, Orleans middl. 6 15/16, Orleans middl. fair 7⅝, Pernam fair 7⅛, Santos fair 6⅞, Bahia fair 6¾, Maceio fair 7⅛, Maranham fair 7¼, Egyptian brown middl. 6¼, Egyptian brown fair 8¾, Egyptian brown good fair 9¼, Egyptian white middl. —, Egyptian white fair 7⅝, Egyptian white good fair 8, Smyrna fair —, M. G. Broach fair 5⅝, Dhollerah middl. 4, Dhollerah good middl. 4¾, Dhollerah middl. fair 5¼, Dhollerah fair 5½, Dhollerah good fair 5 13/16, Dhollerah good 6⅛, Omra fair 5⅝, Oomra good fair 5 15/16, Omra good 6⅛, Scinde fair 4⅝, Bengal fair —, Bengal good fair 5, Madras Tinnevelly fair —, Madras Tinnevelly good fair 5⅝, Madras Western fair 5, Madras Western good fair 5⅜.

**Pest**, 8. Mai, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, Termine ruhig, per Frühjahr 9, 30 Gd., 9, 35 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 50 Gd., 5, 55 Br. — Mais per Frühjahr 4, 86 Gd., 4, 88 Br. — Wetter: trübe.

**Paris**, 8. Mai, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, per Mai 27, 75, per Juni 27, 75, per Juli-August 27, 75, per September-Decbr. 27, 75. Mehl fest, per Mai 59, 75, per Juni 60, 25, per Juli-August 60, 50, per Septbr.-Decbr. 60, 50. Rüböl fest, per Mai 82, 25, per Juni 83, 00, per Juli-August 83, 75, per Sept.-December 85, 00. — Spiritus fest, per Mai 55, 50, per September-Dec. 56, 50. — Wetter: Bedeckt.

**Paris**, 8. Mai, Nachmitt. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Mai pr 100 Kilgr. 49, 50, Nr. 7/9 pr. Mai per 100 Kilgr. 55, 50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Klgr. per Mai 58, 25, pr. Juni 58, 50, per Juli-Aug. 58, 75, per September-December 58, 25.

**London**, 8. Mai. Havannazucker Nr. 12 21. Ruhig.

**Antwerpen**, 8. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 21½ bez. u. Br., per Juni 21 Br., per September 21¾ Br., per September-Decbr. 22 bez., 22¼ Br. — Weichend.

**Bremen**, 8. Mai, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 75, per Juni 8, 55, per Juli 8, 40, per August-December 8, 75 Br.

**Berlin**, 8. Mai. [Börse.] Die Börse eröffnete das heutige Geschäft in einer recht festen Haltung, doch fehlte dem Verkehre das animirte Gepräge, und es zeigte sich die Kauflust wesentlich beschränkter als an den vorangegangenen Geschäftstagen. Es gewannen sogar zeitweise Realisations-Verkäufe das Uebergewicht und erhielt dadurch die Stimmung einen Anflug von Mattheit, der bedeutend an Intensität zunahm, als eine Depesche aus Astrachan neue Erkrankungsfälle meldete. Waren diese auch als Flecktyphus bezeichnet, so war man doch fast allgemein geneigt, an ein erneutes Auftreten der Pest zu glauben. Im weiteren Verlauf des Geschäftsverkehrs nahm die Tendenz wieder einen festeren Charakter an, der dann auch bis zum Schluß anhielt, ohne daß aber die geschäftlichen Transactionen an Umfang gewannen. Die internationalen Speculations-Papiere setzten mit höheren Notirungen ein, jedoch gingen die Course später auf das vorgestrige Niveau zurück. Franzosen waren weniger fest. Die österr. Nebenbahnen trugen mit Ausnahme der Albrechtsbahn eine feste Physiognomie, betheiligten sich aber nur mäßig am Verkehr. Von den localen Speculations-Effecten waren Disconto-Comm.-Antheile schwächer. Auch Laura-Actien trugen keine allzu feste Tendenz, dieselben notirten per ult. 77½—77—77¼. Auf dem Gebiete der auswärtigen Staatsanleihen war Ungar. Goldrente gedrückt, dagegen erfuhr Oesterreichische Goldrente in Folge höherer auswärtiger Notirung eine Courssteigerung. Oesterreichische Papierrente zog ebenfalls etwas an. Russische Werthe waren durchgehends schwächer. 5procentige Anleihe per ultimo 85¾—85—85½, Russische Noten still, per ultimo 196¾ bis 4¾ bis 5½ bis 195 (Vorprämie 197⅛|1½) per Juni 197¼ bis 5½ (Vorprämie 198¼/2½). Preußische Fonds behaupteten sich gut, blieben aber ebenso wie die anderen deutschen Staatspapiere sehr still. Auch das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten war klein. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte übten Realisationsverkäufe anfänglich einen Druck auf die Haltung aus, später traten erste Häuser als Käufer auf. Halberstädter sehr beliebt und wiederum höher. Von leichten Bahnactien waren Schweizerische Werthe beliebt, Rumänen schwächer. Bankactien fest. Für Darmstädter Bank zeigte sich gute Nachfrage, auch Magdeburger Privatbank war sehr begehrt. Kölner Wechslerbank und Essener Credit-Bank anziehend. Börsen-Handelsverein, Lübecker Commerzbank, Barmer Bankverein, Maklerverein und Deutsche Genossenschaftsbank erhöhten ebenfalls die Notirungen. Billiger waren dagegen erhältlich: Breslauer Disconto-Bank, Preußische Bodencredit-Bank, Norddeutsche Grundcredit-Bank und Meininger Bank. Industriepapiere bei fester Haltung nicht unbelebt. Von Brauereiactien zogen Ahrens und Adlerbrauerei an, Stralsunder Mühlen steigend. Große Pferdebahn belebt, aber im Course rückgängig. Montanwerthe verhielten sich sehr ruhig. Zu höherer Notiz wurden gehandelt Menden-Schwerte, Berzelius, Braunschw.-Kohlen, Rhein-Nassau, Mechernicher, Bonifacius und Kölner Bergwerk.

Um 2½ Uhr: Matt. Credit 450,50, Lombarden 134,—, Franzosen 460,—, Reichsbank 155,—, Disconto-Commandit 149,—, Laurahütte 77,—, Türken 11,50, Italiener 78,12, Oesterr. Goldrente 68,12, Ungarische Goldrente 79,75, Oesterr. Silberrente 57,87, do. Papierrente 57,75, 5% Russen 85,50, Köln-Mindener 120,37, Rheinische 116,25, Bergische 87,50, Rumänen 29,87, Russische Noten 195,—. Marienburg-Mlawka-Prioritäten — Gld.

**Coupons.** (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 172,85 bez., do. Eisenbahn-Coupon 172,85 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 50 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,165 bez., do. Eisenb.-Prior. 4,165 bez., do. Papier-Dollars 4,165 bez., 6% New-York-City —,— bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. cons. verl. —,— bez., Russ. Zoll 20,44 bez., 22er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. —,— bez., 8% Rumän. Div.-Sch. p. 78 4,50 bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Lstr.-Obligat. 20,37 bez.

**Berlin**, 8. Mai. [Producten-Bericht.] Die vorgestrigen Anzeichen für einen Witterungswechsel erwiesen sich als trügerisch. Vermuthlich ist ein Gewitter, von dem uns nur stürmischer Wind erreichte, der Anlaß zu jähem Rückschlag der Temperatur am Dinstag Abend gewesen, seitdem ist, bei wiederkehrendem Nordwind, die Luft rauh geblieben. Unser Getreidemarkt war heute ziemlich animirt. Roggen besserte sich um 1½ Mark und ist auf Termine leidlich rege umgesetzt. Verkäufe gegen zu beziehende russische Waare dauern fort. Loco ist der Handel wegen spärlicher Offerten ruhig, Preise begünstigten natürlich die Verkäufer. — Roggenmehl fester. — Weizen ist ansehnlich besser bezahlt worden; die große Zurückhaltung auf Seiten der Verkäufer steht im Zusammenhang mit der höheren Preisnotirung aus Newyork. — Hafer loco unverändert. Termine ruhig, nahe Sichten ermatteten ein wenig. — Rüböl wurde höher gehalten, umgesetzt aber nur sehr wenig. — Petroleum still. — Spiritus machte Fortschritte in der Preissteigerung, besonders der laufende Termin hat sich merklich besser verwerthen lassen.

Weizen loco 163—205 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber schlesischer — M. ab Bahn bez., feiner weißer polnischer — M. ab Bahn bez., per Mai und Mai-Juni 190—191½ M. bez., per Juni-Juli 190—191½ M. bez., per Juli-August 191—192½ M. bez., per September-October 193—194 Mark bez. Gekündigt 7000 Centner. Kündigungspreis 191 Mark. — Roggen loco 120—135 Mark pro 1000 Kilogramm nach Qualität gefordert, russischer 120—123 M., inländischer 130—133 M. ab Bahn und Kahn bez., defecter russ. — Mark ab Bahn bez., per Mai 122—122½ Mark bez, Mai-Juni 122—122½ M. bez., per Juni-Juli 122½—123 M. bez., per Juli-August 124½—124 M. bez., per August-September 125½ Mark bez., per September-October 128½—128 M. bez. Gekündigt 8000 Centner. Kündigungspreis 122½ M. — Mais loco 112—119 M. nach Qualität gefordert, rumänischer — M. ab Bahn bez., amerikanischer 112 Mark ab Kahn bez. — Hafer loco 115—145 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 122—128 M. bez., russischer 122 bis 128 M. bez., pommerscher 127—130 M. bez., schlesischer 122—130 M. bez., böhmischer 122—130 M., feiner weißer pommerscher u. mecklenburgischer 132 bis 135 M. ab Bahn bez., per Mai 127 Mark bez., per Mai-Juni 127 bis 126½ M. bez., per Juni-Juli 127—126½ Mark bez., per Juli-August 128—127½ M. bez., per August-September 129 M. bez., per September-October 132 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Mai und Mai-Juni 17,50—17,55—17,50 Mark bez., per Juni-Juli 17,60—17,55 M. bez., per Juli-August 17,70—17,65 Mark bez., per September-October 17,90 bis 18,00—17,95 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — Mark bez., ohne Faß 57,6 Mark bez., per Mai 58—57,8 M. bez., per Mai-Juni 57,9—57,8 M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-October 59—58,8—58,9 M. bez., per October-November 59,1—58,9—59 Mark bez., per November-December 59,2—59,1 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 20,5 M. bez., per Mai und Mai-Juni 20,2 M. bez., per September-October 23,2 M. bez. Gekünd. — Centner. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco ohne Faß 52,9—53,1 Mark bez., per Mai und Mai-Juni 52,7—53,1—52,9 Mark bez., per Juni-Juli 53—53,3—53,1 M. bez., per Juli-August 53,8—54,1—53,9 Mark bez., per August-September 54,4 bis 54,6—54,4 Mark bez., per September-October 53,7 Mark bez. Gekünd. 20,000 Liter. Kündigungspreis 52,9 Mark.

⁂ **Breslau**, 9. Mai, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide fest, bei stärkerem Angebot Preise gut preishaltend.

**Weizen**, zu hohe Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,70 bis 18,50—19,00 Mark, gelber 16,60—17,90 bis 18,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

**Roggen**, zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 12,30—12,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

**Gerste** ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,30 bis 13,20 Mark, weiße 13,30—14,00 Mark.

**Hafer** gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,00—10,60—11,60 bis 12,20 Mark.

**Mais** mehr Kauflust, pr. 100 Kilogr. 9,80—10,30—10,90 Mark.

**Erbsen** mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00 bis 14,80 Mark, Victoria- 14,80—16,30—17,50 Mark.

**Bohnen** ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

**Lupinen** vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,80—8,10 Mark, blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

**Wicken** mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,20—11,80 Mark.

**Oelsaaten** ohne Aenderung.

**Schlaglein** sehr fest.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schlag-Leinsaat | 26 | 25 | 24 | 50 | 23 | 50 |
| Winterraps | 25 | 75 | 25 | — | 24 | 25 |
| Winterrübsen | 25 | 75 | 25 | — | 24 | 50 |
| Sommerrübsen | 25 | 25 | 24 | 50 | 23 | 75 |
| Leindotter | 21 | 50 | 20 | 50 | 20 | — |

**Rapskuchen** unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark.

**Leinkuchen** gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 9,30—9,70 Mark.

**Kleesamen** schwacher Umsatz, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 28—33—38 bis 41 Mark, — weißer ohne Frage, pr. 50 Kilogr. 30—38—45—55 Mark, hochfeiner über Notiz.

**Thymothee** ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 Mark.

**Mehl** gut gefragt, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26,50 — 28,50 Mark, Roggen fein 19,50—20,50 Mark, Hausbacken 18,50—19,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8,50—9,50 Mark, Weizenkleie 6,50—7,50 Mark.

**Heu** 2,80—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

**Roggenstroh** 18,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

**London**, 8. Mai. [Bankausweis.] Totalreserve 19,245,000 Pfd. St., Notenumlauf 29,433,000 Pfd. St., Baarvorrath 33,678,000 Pfd. St., Portefeuille 21,234,000 Pfd. St., Guthaben der Privaten 30,402,000 Pfd. St., Guthaben des Staatsschatzes 6,978,000 Pfd. St., Notenreserve — Pfd. St.

### Oels-Gnesener Eisenbahn.

Die Einnahme pro Monat April 1879 beträgt nach

| | vorläufiger Feststellung 1879 | endgiltiger Feststellung 1878 |
|---|---|---|
| 1) aus dem Personen-Verkehr | 29,492 M. | 29,303 M. |
| 2) „ „ Güterverkehr | 39,982 „ | 39,683 „ |
| 3) Extraordinarien | 12,694 „ | 14,081 „ |
| Summa | 82,168 M. | 83,067 M. |

Pro Monat April 1879 gegen 1878 also weniger 899 M.
und von Anfang 1879 gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres mehr 1,051 M.

**[Schifffahrtsnachrichten.]** Laut Telegramm sind die Hamburger Postdampfschiffe: „Lessing", am 23. April von Hamburg und am 26. April von Havre abgegangen, nach einer Reise von 9 Tagen 22 Stunden am 6. d. M., 1 Uhr Nachmittags, wohlbehalten in New-York angekommen; „Wieland", am 30. April von Hamburg abgegangen, am 2. d. M. in Havre angekommen und von dort am 3. Morgens nach New-York wieder in See gegangen; „Silesia", am 7. d. Mts. von Hamburg über Havre nach New-York expedirt. — „Herder", am 24. April von New-York abgegangen, ist nach einer Reise von 10 Tagen 3 Stunden am 5. d. M., 5¼ Uhr Morgens, in Plymouth, und am 7. d. M. in Hamburg angekommen. Das Schiff brachte 158 Passagiere, 132 Briefsäcke, volle Ladung und 525,000 Dollars Contanten. — „Lotharingia" wurde am 5. d. Mts. und „Borussia" am 7ten dieses Monats von Hamburg nach Westindien expedirt. „Lotharingia" eröffnet von St. Thomas im Anschluß an die „Borussia" den neu eingerichteten Post-Dienst zwischen Deutschland und Mexico.

### Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| Mai 8., 9. | Nachm. 2 U. | Abends 10 U. | Morgens 6 U. |
|---|---|---|---|
| Luftwärme | 5°,3 | 3°,4 | 2°,9 |
| Luftdruck bei 0° | 330''',89 | 331''',16 | 330''',19 |
| Dunstdruck | 2''',50 | 2''',38 | 2''',37 |
| Dunstsättigung | 78 pCt. | 88 pCt. | 92 pCt. |
| Wind | NO. 1. | SO. 1. | SO. 1. |
| Wetter | trübe. | heiter. | wolkig. |
| Wärme der Oder | | | 7 Uhr: 7°,2. |

**Breslau**, 9. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 10 Cm. U.-P. — M. 70 Cm.



Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.